

# Geschichtskorrespondenz

Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung  
bei der Partei DIE LINKE

---

Nummer 3/22. Jg.

Mitteilungsblatt

Mai 2016

---

Zu dieser Ausgabe:

Diese Nummer enthält vor allem Materialien unserer Konferenz „Die Vereinigung von KPD und SPD 1946 aus heutiger Sicht“ am 9. April d.J. in Berlin: die Vorträge von Günter Benser, Reiner Zilkenat und Anton Latzo. Sie stellen dieses Ereignis in die konkrete historische Situation des Deutschland von 1945/46, fragen nach den in den vorangegangenen Jahrzehnten dafür entwickelten Motivationen und Hemmnissen, untersuchen die Spezifik und die widersprüchlichen Verlaufsformen dieses Prozesses, seine unmittelbaren wie weiteren Wirkungen und erörtern die mit ihm verbundenen genutzten oder vertanen Chancen. Sehr nützlich ist der darin enthaltene Überblick über die dazu (bis in die letzten Jahre) unternommenen Forschungen. Diese erweisen u.a. abermals die mangelnde Substanz des „Zwangsvereinigungs“-Klischees. Strikt historisch, oberflächliche Analogien zurückweisend wird das Problem möglicher aktueller Lehren gestellt.

Die Hinweise zu den Veranstaltungen des Arbeitskreises bis Ende 2016 enthalten u.a. das vollständige Programm der Konferenz „'Europa' und die revolutionäre Arbeiterbewegung“ am 19. November d.J. in Berlin.

Heinz Karl

## Inhaltsverzeichnis

Editorial	S. 1
Prof. Dr. Heinz Karl Zur Eröffnung der Konferenz „Die Vereinigung von KPD und SPD 1946 aus heutiger Sicht“	S. 3
Prof. Dr. Günter Benser Die Gründung der SED aus heutiger Sicht	S. 4
Dr. Reiner Zilkenat Die Vorbereitungen für die Bildung einer „Sozialistischen Einheitspartei“ in Berlin-Neukölln 1945/46 und die Repressionen der Westalliierten	S. 21
Prof. Dr. Anton Latzo Zu den Bedingungen und zur Rolle der Schaffung der Einheit der Arbeiterbewegung In Ost- und Südosteuropa 1944/45 bis 1948	S. 26
Veranstaltungen des Marxistischen Arbeitskreises, Mai - Ende 2016	S. 33

---

Impressum: Die Geschichtskorrespondenz erscheint vierteljährlich. Sie wird Mitgliedern und Interessenten des Arbeitskreises kostenlos per e-Mail zur Verfügung gestellt.

e-Mail: [marxistischer.arbeitskreis@die-linke.de](mailto:marxistischer.arbeitskreis@die-linke.de)

Neue Interessenten teilen bitte ihre (bzw. eine von ihnen zu nutzende) e-Mail-Adresse entweder per Mail an obige e-Mail-Adresse oder per Post an die Redaktion (siehe unten) bzw. an eine der im Veranstaltungsplan genannten Kontaktadressen mit.

Herausgeber: Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE

Redaktion: Dr. Günter Wehner (V.i.S.d.P.)  
Sella-Hasse-Str. 9, 12687 Berlin, Tel. 030-800 962 148

Gezeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung von Herausgeber und Redaktion wieder. Die nächste Ausgabe erscheint Oktober 2016.

Prof. Dr. Heinz Karl

## Zur Eröffnung der Konferenz „Die Vereinigung von KPD und SPD 1946 aus heutiger Sicht“

Das Thema unserer heutigen Konferenz hat gewichtige Bezüge. Sie sind gleichermaßen historisch, aktuell – nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Auseinandersetzung mit reaktionären Angriffen – und perspektivisch.

Für die deutsche Arbeiterbewegung trat das Problem der Vereinigung erstmals vor eineinhalb Jahrhunderten auf die Tagesordnung – Stichwort: Lassalleaner und Eisenacher – und dann wiederholt.

Die Vereinigung von 1946 war wohl die wichtigste Voraussetzung dafür, dass sich zumindest in einem Teil Deutschlands mehr als vier Jahrzehnte eine antikapitalistische, frühsozialistische Entwicklung vollziehen konnte. Die SED war keine „KPD light“; sie sollte es nicht sein, auch wenn das in der Kampagne für die „Partei neuen Typus“ Ende der 40er Jahre verwischt wurde. Mit der Vereinigung 1946 auf marxistischer Grundlage hatte die KPD ihre Mission erfüllt, war sie in eine neue, *höhere* Einheit aufgegangen. Dies fand z.B. symbolhaften Ausdruck in der prinzipiellen Entscheidung, auf dem Friedhof Friedrichsfelde nicht das Revolutionsdenkmal von Mies van der Rohe wiederherzustellen, sondern eine „Gedenkstätte der Sozialisten“ zu gestalten, „mit der wir“ – so Wilhelm Pieck bei ihrer Einweihung 1951 – „die Ehrung der Helden des revolutionären Kampfes verbinden mit der Ehrung der alten sozialistischen Führer der deutschen Arbeiterbewegung“. Er nannte Ignaz Auer, Karl Legien, Luise Zietz, Richard Fischer, Wilhelm Pfannkuch, Hermann Molkenbuhr, Theodor Leipart, Hugo Haase, Johannes Stelling, Rudolf Breitscheid, Franz Künstler und Kurt Rosenfeld. „Alles uns alten Sozialisten wohlbekannte Namen. ... Wir wollen mit der gemeinsamen Ehrung der alten Sozialisten und der in der Weimarer Republik und unter dem Hitlerfaschismus gefallenen und ermordeten Kämpfer unsere unverbrüchliche Treue zur großen sozialistischen Idee zum Ausdruck bringen und geloben, die Einheit der Arbeiterklasse als das teuerste Gut der sozialistischen Bewegung zu hüten.“<sup>1/1</sup>

Auch heute ist das effektive Zusammenwirken eines möglichst breiten Spektrums antikapitalistischer Kräfte mit sozialistischer Orientierung, die Realisierung ihrer Hegemonie in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen ein zentrales Problem. Aber dessen konstruktive Lösung kann allein schon angesichts der viel stärkeren Differenziertheit dieser Kräfte keine Kopie des Modells von 1946 sein.

Aber die politisch-organisatorische und programmatische Zersplitterung der antikapitalistischen Linken ist kein spezifisch deutsches, sondern ein *weltweites* Problem.

Deshalb sind die Erfahrungen von 1946 – sowohl die positiven als auch die negativen – ungeachtet Ihrer historisch-konkreten Begrenztheit nach wie vor von aktueller Bedeutung, ist unsere heutige Debatte nicht der Vergangenheit, sondern der Gegenwart und Zukunft zugewandt.

1 Wilhelm Pieck: Reden und Aufsätze, Bd. III, Auswahl aus den Jahren 1950-1953, Berlin 1954, S. 32 u. 34.

Prof. Dr. Günter Benser

## Die Gründung der SED in heutiger Sicht

### Aktualität und Distanz

Wir reden hier über ein Ereignis, dessen Fernwirkungen bis in die Gegenwart zu spüren sind. Gleichwohl – das eigentliche Geschehen liegt nunmehr sieben Jahrzehnte zurück. Dies sollte Grund genug sein, uns dieser Thematik mit historischem Abstand und einer Portion Gelassenheit zu nähern.

Natürlich könnte man auch die im SED-Geschichtsverständnis normierten Lobpreisungen wiederholen. Das drückte sich aus in Formulierungen wie: die Einigung der Arbeiterklasse war „die größte Errungenschaft seit Verkündung des Kommunistischen Manifestes“<sup>[1]</sup>; sie war „Ergebnis der gesetzmäßigen Entwicklung der Arbeiterbewegung zur Einheit auf revolutionärer Grundlage“<sup>[2]</sup>; mit ihr „entstand ein starkes nationales Kraftzentrum für die Einigung aller patriotischen Kräfte des deutschen Volkes“.<sup>[3]</sup> „Die Einigung der Arbeiterklasse war die Grundlage aller künftigen Siege des werktätigen Volkes.“<sup>[4]</sup> Das sind Formulierungen, die ich als DDR-Historiker mitgetragen habe, obwohl sie meinen eigenen empirischen Untersuchungen eigentlich entgegenstanden. Allerdings halte ich mir zugute, dass bei mir eine Neubesinnung nicht heute oder gestern, sondern vor einem Vierteljahrhundert eingesetzt hat und ich damit in die Öffentlichkeit gegangen bin.<sup>[5]</sup>

Wenn diese Verheißungen und hohen Erwartungen sich erfüllt hätten, säßen wir heute nicht in diesem Kreis zusammen, sondern einige von uns würden im Palast der Republik am Festakt des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik und des Nationalrates der Nationalen Front teilnehmen, der Rede des Generalsekretärs und Staatsratsvorsitzenden lauschen und sich anschließend an einem erlesenen Kulturprogramm erfreuen. Nach den ursprünglichen Intensionen hätte es sich eigentlich um den Festakt in einem einheitlichen sozialistischen deutschen Staat handeln müssen. Dass dies alles nicht so eingetreten ist, muss uns zu denken geben, sollte uns vor Nostalgie bewahren und Anlass zu kritischer Rückschau sein.

Das bedeutet, das Einheitsparteiprojekt will und muss aus seiner Zeit heraus verstanden werden und sollte nicht gegen heutige linke Bestrebungen instrumentalisiert werden. Und um es vorweg zu nehmen: Es ist unredlich, Parteien für Jahrzehnte zurückliegende Geschehnisse aus eigensüchtigen Motiven heraus in Haftung zu nehmen und ihnen bei Koalitionsverhandlungen Entschuldigungen und Demutsgesten für Geschehnisse abzuverlangen, mit denen sie real nichts zu tun haben. Weder ist die Linke von heute die KPD von 1946, noch ist die heutige SPD die Sozialdemokratie von 1946. Keiner der gegenwärtig agierenden Politiker dieser Parteien trägt eine individuelle Verantwortung für damaliges Geschehen. Gleich gar nicht ist zu befürchten, dass jemand ernstlich versuchen könnte, die Geschichte zu wiederholen. Wenn es sich um berechnete historische Distanzierungen handeln würde, dann wäre seitens der Sozialdemokratie von den christdemokratischen oder liberaldemokratischen Koalitionspartnern unbedingt eine Entschuldigung für die Zustimmung ihrer Vorgängerparteien zu Hitlers Ermächtigungsgesetz zu fordern. Davon war aber nie die Rede.

Es ist angebracht, eine Positionierung Willy Brandts aus dem Jahre 1986 ins Gedächtnis zu rufen: Er erklärte damals: „Selbstverständlich kann die Sozialdemokratie von den einmal gewonnen und in vielen Gedächtnissen gespeicherten Erfahrungen aus den vergangenen Jahren nicht völlig absehen. Aber wir werden nicht Gefangene gelernter und eingeschliffener Verhaltensmuster und Denkschemata sein, wenn die Welt vor unseren Augen sich wandelt und die alte Betrachtungsweise sich überlebt. Nichts wäre erfreulicher, als wenn auch hier nicht alle alten Schlachten immer neu geschlagen werden müssten.“<sup>[6]</sup>

Im neu vereinten Deutschlands waren solche Einsichten nicht mehr gefragt. Die alten Schlachten wurden nun gerade wieder neu geschlagen. Dafür gab es im Wesentlichen drei Gründe:

*Erstens* standen sich nun die in SPD und SED verkörperten politischen Strömungen nicht mehr in getrennten Staaten gegenüber, sondern agierten auf dem gleichen Feld der erweiterten Bun-

desrepublik, standen sich also als unmittelbare Konkurrenten um Wählergunst und Einfluss gegenüber. Dabei ging es der SPD wesentlich um ihre Ostausdehnung durch die Rückgewinnung ihres tatsächlichen oder vermeintlichen durch die SED vereinnahmten politischen Klientels. Während sich CDU und FDP bedenkenlos des personellen und materiellen Potentials von Blockparteien bedienten, geriet die SPD in ein Dilemma, weil sie sich nicht zu entscheiden vermochte, wie sie mit SED-Mitgliedern umgehen sollte, die zu einem Übertritt zur SPD bereit gewesen wären. Andererseits konnten die meisten Neugründer der ostdeutschen Sozialdemokratie nicht für sich in Anspruch nehmen, traditionsverwurzelte Sozialdemokraten zu sein.

*Zweitens* geriet die SPD wegen ihrer Dialogpolitik, die als Absage an die deutsche Einheit interpretiert wurde, unter starken Druck vor allem seitens CDU und CSU, die mit der von ihr angeführten Allianz für Deutschland mit solchen Argumenten im Wahlkampf punktete. Das führte unter anderem auch dazu, dass selbst von christdemokratischen Politikern wie Theodor Weigel die Formel „Zwangsvereinigung“ in Frage gestellt wurde. SPD und ihr historiografisches Hinterland sahen sich herausgefordert und bemühten sich, die Sozialdemokratie als früheste und zuverlässigste Widerstandskraft gegen kommunistischen Totalitarismus herauszustellen.

*Drittens* wirkte auf diese Problematik das geistige Klima jener Zeit stark ein. Und dieses war nicht nur durch die gebotene kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte der DDR und der SED, durch die Beseitigung weißer Flecken sowie das Aufdecken von Unrecht und Repressionen gekennzeichnet, sondern auch durch eine Atmosphäre der Abrechnung, genährt durch einen bedenkenlosen Enthüllungsjournalismus. Die Öffnung aller Archive führte zu einer Art Goldgräberstimmung, die mit solider historischer Arbeit nichts zu tun hatte. Ich erinnere in diesem Zusammenhang immer gern an einen Spruch meines unlängst verstorbenen polnischen Kollegen Feliks Tych. Er bewertete die ganz neuen Dimensionen des Archivzugangs wie folgt: „Es handelt sich jedoch um einen Komfort, der ... in hohem Maße ein Scheinkomfort ist. Auf jeden Fall wird der Weg zur historischen Wahrheit durch ihn nicht kürzer.“<sup>[7]</sup> Doch auf längere Zeit war ausgerechnet den bedenkenlosen Nutzen der kurzen Wege die Meinungsführerschaft eingeräumt.

Die Konfrontation der sich widersprechenden Beurteilungen der SED-Gründung hatte ihre Hochkonjunktur zum 50. Jahrestag dieses Ereignisses, also 1996, wobei sich die meisten Beteiligten an der Erklärung der Historischen Kommission der PDS abarbeiteten.<sup>[8]</sup> Mittlerweile ist es etwas ruhiger geworden, es sind einige auf empirische Studien fußende Veröffentlichungen erschienen. Diskussionen leben auf, wenn linken Partnern in Koalitionsverhandlungen einseitig verabsolutierende Urteile über vielschichtige historische Geschehnisse abverlangt werden. Aber generell scheinen die Positionen ziemlich festgefahren zu sein. Und so lange sich nicht die Einsicht durchsetzt, dass mit dem Abstand von sieben Jahrzehnten historische Geschehnisse von einer etwas höheren Warte her, abgeklärt und mit größerer Objektivität beurteilt werden sollten, wird sich daran wohl wenig ändern.

## **Das Einheitsparteiprojekt**

Mehr Objektivität gebietet, zunächst das Einheitsparteiprojekt einer grundsätzlichen Betrachtung zu unterziehen. Das kann hier allerdings nur thesenhaft geschehen.

Der Gedanke und die Zielsetzung, die Spaltung der Arbeiterbewegung zu beenden, war im Jahre der Befreiung vom Hitlerfaschismus nicht nur naheliegend, sondern auch weit verbreitet. Dafür sprachen vor allem zwei gewichtiger historische Erfahrungen:

*Erstens* die Einsicht, dass eine wesentliche Ursache für die Machtübertragung an die Hitlerpartei und die Errichtung der brutalsten faschistischen Diktatur gerade in Deutschland die fehlende vereinte Gegenwehr der Arbeiterbewegung war. Die hätte allerdings weit vor dem 30. Januar 1933 einsetzen müssen. Die Fehde zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten wurde beim Neubeginn oft als Bruderkampf bezeichnet. Aber das wird der Problematik nicht gerecht. Denn es handelte sich um zwei Strömungen der Arbeiterbewegung, die zwar beide die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung auf ihre Fahnen geschrieben, aber die Frage nach deren Wesen und nach dem Weg zu diesem Ziele gegensätzlich, letztlich unvereinbar beschrieben hatten. Es bedurfte also in beiden Lagern einer Neubesinnung.

Zweitens die Erinnerung daran, wie die am Marxismus orientierte, einheitliche deutsche Sozialdemokratie seit ihrem Sieg über das Bismarcksche Sozialistengesetz von Erfolg zu Erfolg geeilt war, bis sich diese Einheit während des ersten Weltkrieges endgültig als brüchig erwies und die Partei blamabel und mit schlimmen Konsequenzen auseinanderbrach. Die aus der Novemberrevolution hervorgegangene Weimarer Republik wurde nicht nur durch die Fortexistenz alter politischer, ökonomischer und militärischer Eliten geschwächt, sondern auch durch die offene Feindschaft zwischen der kommunistischen und der sozialdemokratischen Strömung der Arbeiterbewegung.

Entsprechende Schlussfolgerungen wurden sowohl im kommunistischen als auch im sozialdemokratischen Lager gezogen.

So hieß es im Prager Manifest des sozialdemokratischen Emigrationsvorstandes aus dem Jahre 1934: „Die Einigung der Arbeiterklasse wird zum Zwang, den die Geschichte selbst auferlegt. Die Führung der deutschen Sozialdemokratie weiß sich deshalb frei von jeder sektenhaften Abschließung und ist sich der Mission bewußt, die Arbeiterklasse in einer politischen Partei des revolutionären Sozialismus zu vereinigen.“<sup>[9]</sup>

Die KPD hatte auf ihrer sogenannten Brüsseler Konferenz<sup>[10]</sup> 1935 erklärt: „Ausgehend von der Überzeugung, daß die Sache des Proletariats die *Schaffung einer einheitlichen politischen Massenpartei* der deutschen Arbeiterklasse erfordert, arbeitet die Kommunistische Partei daran, alle klassenbewußten Arbeiter dafür zu gewinnen.“<sup>[11]</sup> Auf ihrer sogenannten Berner Konferenz<sup>[12]</sup> war sie 1939 noch einen Schritt weitergegangen und hatte Kommunisten und Sozialdemokraten aufgefordert, sich zu verständigen und wo Verständigung erfolgt ist, „auch einheitliche Organisationen der zukünftigen Einheitspartei der deutschen Arbeiterklasse zu schaffen“.<sup>[13]</sup> Als jedoch der Zeitpunkt der Niederlage Deutschlands im zweiten Weltkrieg und des Endes der NS-Diktatur absehbar näher rückten, als die Konturen der Nachkriegsordnung und die Bedingungen politischen Handels nach Befreiung und Besetzung Deutschlands erkennbar wurden, gelangte die in Moskau ansässige Führung der KPD am 21. November 1943 zu dem Schluss: „vorläufig keine politische Einheitspartei, erst Klärung“.<sup>[14]</sup> Doch wurde stets von der generellen Notwendigkeit dieser Einheit ausgegangen und daraus abgeleitet, „bereit sein zu den größten Kompromissen“ und „kein Auftreten in staatspolitischen Fragen ohne ausdrückliches gegenseitiges Einverständnis“ der Sozialdemokraten.<sup>[15]</sup>

Die Zwischengruppierungen wie die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands und die Kommunistische Partei Deutschlands (Opposition) waren ohnehin mit der Intention entstanden, eine Annäherung von Sozialdemokraten und Kommunisten zu bewirken. Ähnlich positionierten sich der Internationale Sozialistische Kampfbund (ISK) und die Gruppe Neu Beginnen. Nicht zufällig spielten sie 1945 in den parteiübergreifenden Antifa-Ausschüssen eine deutlich über ihre zahlenmäßige Stärke hinausgehende Rolle, nicht zuletzt mit dem Ziel, Wegbereiter einer Einheitspartei zu sein.<sup>[16]</sup>

Einheit der Arbeiterklasse wurde im Verständnis der meisten Akteure jener Zeit letztlich immer als organisatorische Einheit in einer Klassenpartei und in einheitlichen Gewerkschaften verstanden. Ausgehend vom marxistischen Verständnis der Klassen und des Klassenkampfes, das den Realitäten des 19. und des beginnenden 20. Jahrhunderts in hohem Maße entsprach, wurde geschlussfolgert, dass Einheit gewissermaßen der natürliche Zustand der Arbeiterbevölkerung und ihrer Bewegung sei. Spaltungen und Pluralismus hingegen galten vorwiegend als Folge äußerer Einflüsse auf Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung, mit denen opportunistischen und revisionistischen Strömungen der Boden bereitet wurde. Damit war das Problem in der Welt, wer beanspruchen darf, wahrer Vertreter der objektiven Interessen der Arbeiterklasse zu sein.

Diese hier vergrößert wiedergegebene Sichtweise ist keine nachträgliche Erfindung, sie ist in der Arbeiterbewegung selbst entstanden und ließ sich durch Tatsachen abstützen. Allerdings gab es auch hinreichend Tatsachen, die mit dieser Betrachtungsweise nicht oder nicht ohne weiteres in Einklang zu bringen sind. Die Fragen, die zu stellen sind und teilweise – aber nie mit letzter Konsequenz und kaum mit Bezug auf die SED-Gründung – auch gestellt worden sind, lauten:

Stimmt dieses Bild einer mehr oder weniger homogenen, mit übereinstimmenden Interessen ausgestatteten Arbeiterklasse? Und wenn es für die Zeit der Konstituierung moderner Klassen und deren frühe Entwicklung gestimmt hat, trifft es auch noch für jene Zeit zu, in der während und nach dem zweiten Weltkrieg um die Realisierung des Einheitspartei-Projektes gerungen wurde.<sup>[17]</sup> Gegen überzogene Vorstellungen von der „naturegebenen“ Einheit der Arbeiterklasse, die dann nur noch ihrer Realisierung im politischen Raum bedarf, sprechen ernstzunehmende Argumente.

Da ist zunächst der mit der fortschreitenden Industrialisierung und Modernisierung der Produktionsmittel einhergehende Prozess der Differenzierung der Arbeitenden in Bezug auf Qualifizierung, Stellung im Produktionsprozess und Vergütung.

Hinzu kommt die fortschreitende Auflösung proletarischer Milieus im Gefolge urbaner und demografischer Prozesse, wie auch durch die Folgen zweier Weltkriege, die nicht nur zu Umwandlungen in der Arbeitswelt, sondern auch zu nachhaltigen Veränderungen in der Zusammensetzung der Arbeitsbevölkerung führte – durch Kriegsverluste, durch Flucht, Vertreibung und Umsiedlungen, durch Zerstörung von Arbeiterquartieren nicht zuletzt im Ergebnis des Luftkrieges.<sup>[18]</sup>

Nicht zu unterschätzen ist das Eindringen des Faschismus auch in die Reihen der Arbeitsbevölkerung, insbesondere der jüngeren, von Kindheit an faschistisch indoktrinierten und militarisierten Arbeitergeneration. Die von den Nazis beschworene „Volksgemeinschaft“ war zwar keine soziale Gemeinschaft, wohl aber eine gegen alle „fremden“ Minderheiten gerichtete völkische Gemeinschaft, begleitet von einem Kult der „Arbeiter der Faust und der Stirn“ und einer ausgeklügelten Sozialpolitik. Die Vorstellung, es habe eine gegenüber der faschistischen Ideologie und Praxis generell immune oder resistente Arbeiterklasse existiert, ist mit den Tatsachen und neuen Forschungsergebnissen nicht in Einklang zu bringen.<sup>[19]</sup> Und auch die gegenwärtigen Erfahrungen sprechen gegen solche Idealisierungen.

Die Realisierung des Einheitspartei-Projektes wurde mit der Befreiung vom Hitlerfaschismus unter den Gegebenheiten einer neuen welthistorischen Situation angestrebt, auf die hier nicht eingegangen werden kann.<sup>[20]</sup> Und sie ist nicht zu trennen von der allgemeinen Lage, in der sich die deutsche Bevölkerung<sup>[21]</sup> befand – in einem besiegten und besetzten, besonders in den wirtschaftlichen und kulturellen Zentren arg zerstörten Land, in dem die oberste Regierungsgewalt an die Siegermächte übergegangen war. Hungernde Menschen, Ausgebombte, Vertriebene und Flüchtlinge, vergewaltigte Frauen, um das ungewisse Schicksal ihrer in Kriegsgefangenschaft geratenen Väter, Söhne und Brüder bangende Familien, Werktätige, deren Arbeitsplätze durch Demontagen verloren gingen – all das wirkte auf das generelle politische Klima ein. Inwieweit diese und andere Hinterlassenschaften beziehungsweise Folgen des Hitlerfaschismus dem Einheitspartei-Projekt förderlich oder schädlich gewesen sind, lässt sich schwer beurteilen. Denn die generelle Misere konnte zu Einsicht und zu Bereitschaft führen, einen grundsätzlich neuen Weg einzuschlagen. Und dieser war nach Lage der Dinge nicht gegen die Besatzungsmächte, sondern nur im Arrangement mit diesen vorstellbar. Sie konnte indes auch Resignation auslösen und in Skepsis und Ablehnung jener Kräfte einmünden, die an eine bessere Zukunft glaubten, sich unter widrigen Bedingungen engagierten und Verantwortung übernahmen. Vermutlich haben sich derartige Haltungen und Emotionen in etwa die Waage gehalten, und zwar von dem Zeitpunkt an, als wieder mehr Ordnung einzog, Erfolge des Wieder- und Neuaufbaus spürbar wurden.

Jedenfalls sind von vielen Zeitgenossen und später auch von Historikern die in den realen Bedingungen liegenden Schwierigkeiten für die Realisierung des Einheitspartei-Projektes unterschätzt worden.

„Einheit der Arbeiterklasse“ war mithin eine ziemlich abstrakte Losung. Im Kern ging es um die Einheit beziehungsweise Vereinigung von Kommunisten und Sozialdemokraten und um deren Ausstrahlung auf die Arbeiterklasse und andere Werktätige. Wenn wir uns vor Augen halten, dass es trotz ernsthafter Bemühungen nicht gelungen war, dem gegen Kommunisten wie gegen Sozialdemokraten gerichteten nazistischen Terror eine gemeinsame antifaschistische Einheitsfront entgegen zu setzen – die vielfältigen Ursachen können hier nicht erörtert werden – lässt

sich ahnen, welche Hindernisse bei einem Zusammenschluss beider Parteien zu überwinden waren.

Was Kommunisten und Sozialdemokraten verband, war die Vision einer sozialistischen Gesellschaft, die auf gesellschaftlichem Eigentum an Produktionsmitteln beruht und die Überzeugung, dass deren Errichtung die Eroberung der Staatsmacht erfordert, sowie grundsätzliche Übereinstimmungen in der Wahrnehmung sozialer Belange der werktätigen Bevölkerung. Hinzugekommen war die Entschlossenheit, den Faschismus mit seinen Wurzeln auszurotten. Natürlich wurden solche Positionen mit unterschiedlicher Konsequenz, mit variierenden Inhalten und Methoden vertreten.

Was Kommunisten und Sozialdemokraten vor allem entzweit hatte, das war ihre Stellung zum sowjetischen Modell, welches von der SPD abgelehnt und von der KPD – ungeachtet der schlimmen Erfahrungen mit dem Stalinschen Terror – als Vorbild und Leitorientierung betrachtet wurde. Deshalb war es von weitreichender Bedeutung, dass die KPD im Aufruf ihres Zentralkomitees vom 11. Juni 1945 unmissverständlich erklärt hatte, dass die Errichtung eines deutschen Sowjetsystems nicht auf ihrer politischen Agenda steht, sondern die „*Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarischen-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk*“<sup>[22]</sup>. Damit war ein wesentlicher Streitpunkt ausgeräumt, zumindest bei jenen Sozialdemokraten, die den Kommunisten nicht prinzipiell Unaufrichtigkeit und Doppelzüngigkeit unterstellten.

Ein wesentlicher Unterschied zwischen KPD und SPD bestand allerdings darin, dass die Kommunisten über eine allseits anerkannte und zonenübergreifend respektierte politische Führung verfügten, während die Sozialdemokraten frühzeitig mit einer Ost-West-Polarisierung und zwei Führungszentren in Erscheinung traten, gemeint sind der Berliner Zentralkomitee der SPD mit Otto Grotewohl als Zentralfigur und das in Hannover gebildete Büro Schumacher, später Büro der Westzonen. Lagen diese beiden Gruppierungen programmatisch nicht allzu weit auseinander, so unterschieden sie sich in ihrer Stellung zu den Kommunisten und zum Projekt einer sozialistischen Einheitspartei grundsätzlich und unversöhnlich. Eigentlich hatte es noch den Versuch der Schaffung eines dritten Zentrums gegeben, und zwar mit der Bildung des Bundes demokratischer Sozialisten, der – vorwiegend von sozialdemokratischen Buchenwaldhäftlingen gegründet – als „Sammlungspartei des werktätigen Volkes“ auftrat.<sup>[23]</sup> Aber dies blieb letztlich eine regionale Episode.

Noch bevor der Berliner Zentralkomitee der SPD an die Öffentlichkeit getreten war, hatte dessen Mitglied Gustav Dahrendorf am 12. Juni 1945 auf einer von Walter Ulbricht initiierten Zusammenkunft antifaschistischer Funktionäre der KPD das Angebot unterbreitet, sofort als Einheitspartei aufzutreten.<sup>[24]</sup> Er verkündete zugleich eine neue Haltung der SPD zur Sowjetunion, an deren Seite das neue Deutschland stehen müsse.<sup>[25]</sup>

Demgegenüber erteilt Schumacher jeglicher Vereinigung mit der KPD, die er als ein Instrument sowjetischer Außenpolitik betrachtete, eine fundamentale Absage.<sup>[26]</sup> Die einzig mögliche Form sozialdemokratisch-kommunistischer Annäherung war für ihn „die völlige Sozialdemokratisierung der kommunistischen Anhänger“<sup>[27]</sup>. Mithin sah er in der Politik des Berliner Zentralkomitees eine „Kapitulation vor der KPD“<sup>[28]</sup>.

Wenn wir also die Stellung zum Einheitsparteiprojekt aus der Perspektive politischer Führungen betrachten, haben wir es nicht einfach mit einem Gegenüber kommunistischer und sozialdemokratischer Positionen zu tun, sondern mit einer Triade: mit dem Zentralsekretariat der KPD, dem Zentralkomitee der SPD und dem Büro der Westzonen.

Aber wir müssen auch die Perspektive von unten in den Blick nehmen.

Beim Übergang vom Krieg in die Nachkriegszeit hatten sich in Deutschland unter jeglichen Besatzungsbedingungen Hunderte von Antifaschistischen Ausschüssen gebildet. In der Regel wirkten hier Kommunisten, Sozialdemokraten und bürgerlich-demokratische Hitlergegner zusammen, um die kampflose Übergabe ihrer Städte und Gemeinden zu erreichen, sinnlose Zerstörungen zu verhindern, den Nöten der Bevölkerung entgegenzusteuern und das zivile Leben wieder in Gang zu bringen. Manche dieser Ausschüsse verstanden sich zugleich als Wegbereiter einer sozialistischen Einheitspartei. Als Beispiel sei hier auf die Bremer Kampfgemeinschaft



gegen den Faschismus verwiesen.[\[29\]](#) Parallel hierzu waren auch lokale Einheitsparteiorganisationen entstanden. Zu den bedeutenderen gehörten die Sozialistische Einheitspartei in Braunschweig, die Partei der Werktätigen in Eisleben, die Vereinigte Arbeiterpartei im Bodenseegebiet.[\[30\]](#)

Es steht außer Frage, dass sowohl in den sich neu konstituierenden Parteiführungen als auch an der Basis das Projekt einer sozialistischen Einheitspartei auf große Resonanz stieß und mit hohen Erwartungen verbunden wurde.

### **Der Weg zur Einheitspartei und das Procedere der Vereinigung**

Schon zeitgenössisch und dann in der historischen Literatur ist der KPD-Führung vorgeworfen worden, dass sie die spontane Bereitschaft zur Schaffung einer sozialistischen Einheitspartei nicht aufgegriffen, sondern zunächst auf die Sammlung des eigenen Anhangs in der kommunistischen Partei orientiert und die eigenen Genossen zur Auflösung der an der Basis gebildeten Einheitsorganisationen veranlasst hat. In der Sache trifft dies zu. Meines Erachtens war da einerseits eine Überschätzung der eigenen Rolle und Anziehungskraft im Spiele und andererseits eine Unterschätzung des Mobilisierungspotentials der Sozialdemokratie. Aber grundsätzlich war die Entscheidung, die Einheitspartei über eine Phase der Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialdemokraten vorzubereiten, der Situation angemessen.

Indem der Zentralkomitee der SPD am 19. Juni 1945 eine Vereinbarung mit dem Zentralkomitee der KPD über die Bildung eines gemeinsamen Arbeitsausschusses[\[31\]](#) unterzeichnete, akzeptierte er diesen Kurs. Vorgesehen waren die Zusammenarbeit bei der Liquidierung der Überreste des Nazismus, bei Aktionen zum Wiederaufbau und zur antifaschistisch-demokratischen Umgestaltung des Landes, zur Bildung eines Blocks aller antifaschistisch-demokratischen Parteien. Das Projekt der Einheitspartei sollte im gemeinsamen Handeln sowie durch gemeinsame Veranstaltung und die Klärung ideologischer Fragen vorbereitet werden. Trotz nicht ausbleibender Reibungen hat diese Zusammenarbeit auf dem Felde der Entnazifizierung, bei der demokratischen Bodenreform, bei der Schulreform und in anderen Bereichen alles in allem funktioniert. Dass ist nicht verwunderlich, denn in ihren Gegenwartsforderungen lagen die ersten Aufrufe des ZK der KPD[\[32\]](#) und des ZA der SPD[\[33\]](#) dicht beieinander. Wörtlich hatte der Zentralkomitee den KPD-Aufruf „auf das wärmste“[\[34\]](#) begrüßt und seine konkreten Forderungen deckten sich weitgehend mit denen des früher veröffentlichten kommunistischen Dokumentes. Der gravierende Unterschied bestand darin, dass der Zentralkomitee die von der KPD ausgelassene sozialistische Perspektive[\[35\]](#) aufgriff und sich direkt zur „organisatorischen Einheit der deutschen Arbeiterklasse“[\[36\]](#) bekannte.

Im Frühherbst 1945 entstand jedoch eine neue Lage im Ringen um die Einheitspartei.

Zu deren Merkmalen gehörten vor allem:

Die SPD begann im Zustrom neuer Mitglieder an der KPD vorbeizuziehen und gewann gegenüber ihrem kommunistischen Partner an Selbstbewusstsein, was Otto Grotewohl in einer am 17. September gehaltenen Rede prononciert und die KPD irritierend zu Ausdruck brachte.[\[37\]](#)

Signale über Differenzen in der Zusammenarbeit – besonders wenn es um die Besetzung von Ämtern ging – nahmen zu. Klagten Kommunisten über mangelndes Engagement sozialdemokratischer Genossen und über das Auftreten als rechts und reformistisch eingeschätzter SPD-Funktionäre, so entrüsteten sich Sozialdemokraten über anmaßendes Auftreten kommunistischer Funktionäre und deren Bevorzugung durch die sowjetischen Besatzungsorgane.

Obwohl im Westen politische Parteien wesentlich später als in der sowjetischen Besatzungszone zugelassen worden waren und das politische Leben erst in Gang kam, kündigte die amerikanische Besatzungsmacht bereits im September Wahlen an. Das musste – und sollte wohl auch – ein konkurrierendes Auftreten von Kommunisten und Sozialdemokraten zur Folge haben. Nun kündigten nicht wenige sozialdemokratische Organisationen die mit den Kommunisten geschlossenen Aktionsabkommen auf oder stellten die Zusammenarbeit ein.[\[38\]](#)

Das Spannungsverhältnis zwischen Zentralkomitee und Büro Schumacher nahm zu. Schließlich kam es Anfang Oktober auf einer vom Büro Schumacher nach Wennigsen bei Hannover einberufenen Konferenz zum nur oberflächlich verdeckten Bruch mit dem Berliner Zentralkomitee, dem nur noch die Vertretung der Sozialdemokraten in der sowjetischen Besatzungszone zugebilligt wurde.

Solche und ähnliche Erscheinungen bewogen die KPD-Führung, die Aktionseinheit und den für erforderlich gehaltenen ideologischen Klärungsprozess zu forcieren. Am 25. September kamen solche Probleme auf einer Beratung bei General Bokow von der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) zu Sprache. Hier dürfte die Initialzündung für den Übergang der KPD-Führung von der Aktionseinheit zum Kurs auf einen Zusammenschluss beider Parteien zu suchen sein. Jedenfalls gab Anton Ackermann drei Tage später auf einer erweiterten Sitzung des Sekretariats des ZK der KPD in seinem Schlusswort den Startschuss für eine „neue Offensive in der Frage der Einheit zwischen SPD und KPD“<sup>[39]</sup>. Wir begegnen oft der Behauptung, dass das schlechte Abschneiden der Kommunisten in den ersten Nachkriegswahlen in Ungarn und in Österreich die KPD veranlasst habe, auf eine beschleunigte Vereinigung umzuschalten. Aber diese Wahlen fanden erst im November 1945 statt.

Am 9. November 1945 machte Wilhelm Pieck in einer Rede, die den Jahrestagen der Oktoberrevolution in Russland und der deutschen Novemberrevolution gewidmet war, den Kurs auf eine forcierte Schaffung der Einheitspartei öffentlich. Nun wurde der Zentralkomitee der SPD gedrängt, mit einer gemeinsamen Konferenz die Weichen für die Vereinigung von KPD und SPD zu stellen. Auf der am 20./21. Dezember 1945 durchgeführten sogenannten ersten Sechziger-Konferenz oder Dezemberkonferenz kam es zur grundsätzlichen Option für eine Einheitspartei und zu generellen Festlegungen über deren theoretische und politische Positionierung.

Die Vertreter der SPD konnten sich nach allem, was sie bisher erklärt und getan hatten, schwerlich den Argumenten der KPD entziehen. Aber sie schlugen am ersten Verhandlungstag eine hinhaltende Taktik ein, listeten zahlreiche Schwierigkeiten bisherigen Zusammenwirkens und Verstöße von Kommunisten gegen Bekenntnis und Praxis der Gemeinsamkeit auf und beklagten ihre Benachteiligung durch die sowjetische Besatzungsmacht. Überraschend anders verlief der zweite Verhandlungstag. Die Erklärung hierfür findet sich vermutlich in einer am Abend des 20. Dezember in Berlin-Karlshorst bei der SMAD durchgeführten Beratung mit den Spitzenfunktionären beider Parteien, über die meines Wissens im Einzelnen nichts bekannt ist.

Es erfolgte die grundsätzliche Zustimmung zur Vorbereitung einer Vereinigung und zu generellen Festlegungen über deren theoretische und politische Positionierung. Einer Studienkommission, die Programm und Statut einer sozialistischen Einheitspartei erarbeiten sollte, wurde folgende Grundsatzentscheidung vorgegeben: „Minimalprogramm“ ist „die Vollendung der demokratischen Erneuerung Deutschlands im Sinne des Aufbaus einer antifaschistisch-demokratischen, parlamentarischen Republik mit gesetzlich gesicherten Rechten der Arbeiter und Werktätigen“, als „Maximalprogramm“ war vorgesehen „die Verwirklichung des Sozialismus auf dem Wege der Ausübung politischer Herrschaft der Arbeiterklasse im Sinne des konsequenten Marxismus“.<sup>[40]</sup> Verwiesen wurde dabei auf wichtige programmatische Arbeiten von Marx und Engels, nicht aber von Lenin oder gar von Stalin. Es gelte, die mit der Zerschlagung des Hitlerfaschismus in Deutschland eingetretene neue Lage zu beachten, aus der sich auch „besondere und neue Formen des Übergangs zur politischen Herrschaft der Arbeiterklasse und zum Sozialismus“<sup>[41]</sup> erschließen lassen.

Die Einheitspartei sollte „selbständig und unabhängig“, doch dem proletarischen Internationalismus verpflichtet sein. Sie erhob Anspruch, mit ihrer Gründung einen wichtigen Schritt zur „Stärkung der Einheit Deutschlands“ zu tun. In ihrer Zusammensetzung verstand sie sich als „die Klassenpartei der Arbeiter, die Partei des schaffenden Volkes in allen seinen Schichten“. Sie sollte auf dem Prinzip des demokratischen Bestimmungsrechtes der Mitglieder und der freien Wahl der Parteileitungen beruhen, wobei gefasste Beschlüsse als verbindlich zu gelten hatten.<sup>[42]</sup>

Gegen diese Charakterbestimmung der geplanten Einheitspartei ließ sich von Leuten, die beanspruchten, Sozialisten zu sein, schwerlich etwas einwenden. Die KPD hatte sich zumindest deklarativ von ihrer Kominterntradition losgesagt, von der Fixierung auf die verbindlichen Leitbilder

Oktoberrevolution, Sowjetmacht und bolschewistischer Parteityp. Die SPD hatte der von ihr oft beschworenen Rückbesinnung auf den Marxismus und der Absage an reformistische Fehlentwicklungen entsprochen. Überdies hatte sie in zwei wichtigen Punkten Initiativen der KPD zunächst abgewehrt. Der Vorschlag der KPD, in bevorstehenden Wahlen mit gemeinsamen Listen aufzutreten, kam nicht durch. Es wurde nur ein gemeinsames Wahlprogramm angesteuert, was also ein von der SPD angestrebtes zahlenmäßiges Kräftemessen nicht ausschloss. Die KPD zog ihre Forderung zurück, mit der Verschmelzung „beider Parteien im Landes- und Provinzmaßstab“ zu beginnen, zurück. Der Termin einer Vereinigung blieb offen. Das vermittelte der Zentrallausschuss auch sofort intern den sozialdemokratischen Parteiorganisationen als seinen Verhandlungserfolg.

Die Mehrheit im Zentrallausschuss der SPD setzte darauf, dass eine Entscheidung im gesamtdeutschen Maßstab eine sozialdemokratische Dominanz in der Einheitspartei sichern würde. Dagegen suchte die KPD die sozialdemokratische Basis in Bewegung zu bringen und eröffnete eine großangelegte intensive Mobilisierungskampagne für die Einheitspartei unter Einbeziehung auch der Sympathisanten der sozialistischen oder kommunistischen Arbeiterbewegung. Letztlich scheiterte die Taktik der Mehrheit des Zentrallausschuss unter Führung Otto Grotewohls weniger an der Gegenoffensive der Kommunisten als an der prinzipiellen Gegnerschaft und starren Haltung Kurt Schumachers und seines Anhangs. Eilig nach Hannover und nach Frankfurt am Main einberufene Funktionärskonferenzen wandten sich Anfang Januar 1946 mit aller Entschiedenheit gegen die in Berlin gefassten gemeinsamen Beschlüsse. Eine inhaltliche Erörterung des hier weiterentwickelten Einheitsparteiprojektes wurde überhaupt nicht ernstlich in Erwägung gezogen. Stattdessen wurde die bis in die Gegenwart hin strapazierte Argumentation in die Welt gesetzt, die Kommunisten bräuchten die Sozialdemokraten nur „als Blutspender“ für ihren „geschwächten Parteilörper“.<sup>[43]</sup>

Im Februar 1946 legte die paritätisch besetzte Studienkommission einer erneuten Konferenz Entwürfe von Grundsätzen und Zielen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und eines Parteistatuts vor und stellte sie zur öffentlichen Diskussion. Es wurden Festlegungen getroffen, wie – von der lokalen Ebene ausgehend – über Kreise und Länder die Fusion beider Parteien erfolgen sollte. Zunächst getrennt stattfindende Delegiertenkonferenzen und Parteitage hatten über die Vereinigung zu entscheiden, bevor sich die Delegierten zum Vereinigungsparteitag zusammenfanden. An diesem Procedere lässt sich eigentlich kaum etwas bemängeln. Da sind die Vereinnahmungen der ostdeutschen Blockparteien CDU, LDPD, NDPD und DBD durch die Bundesparteien CDU und FDP viel dirigistischer von oben nach unten bei weitgehender Ausschaltung der Parteibasis vollzogen worden.

In diesem Zusammenhang ist es unerlässlich, etwas zu jenem Ereignis zu sagen, das als Hauptargument für „Zwangvereinigung“ ins Feld geführt wird, auf die Berliner Urabstimmung. Am 1. März 1946 hatte – einberufen von sozialdemokratischen Gegnern einer Vereinigung – eine Funktionärskonferenz in einer enorm aufgeheizten Atmosphäre stattgefunden. Otto Grotewohl, der die auf dem ersten FDGB-Kongress verkündete Entscheidung für die Einberufung eines Vereinigungsparteitages begründen wollte, wurde regelrecht niedergeschrien.<sup>[44]</sup> Kein Zweifel, in der Mehrheit der Berliner Verwaltungsbezirke wurde von den tonangebenden Funktionären der Zusammenschluss mit der KPD abgelehnt. Der Widerstand gegen den Kurs des Zentrallausschusses kulminierte in der Forderung nach einer Urabstimmung. Sie fand am 31. März 1946 statt, jedoch nur in den Westsektoren, da die sowjetischen Besatzungsbehörden ein solche Aktion untersagt hatten. Allerdings ist bei der Bewertung ihrer Ergebnisse zu beachten, dass auch für Ostberliner Sozialdemokraten eine Stimmabgabe in den Westsektoren möglich war.

Der Stimmzettel enthielt zwei Fragen: "Bist Du für den sofortigen Zusammenschluss der beiden Arbeiterparteien? JA/NEIN, oder bist Du für ein Bündnis beider Parteien, welches gemeinsame Arbeit sichert und den Bruderkampf ausschließt? JA/NEIN." Diese Fragestellung war nicht frei von Demagogie, denn die Konfrontation hatte eine Stufe erreicht, bei der „ein Bündnis beider Parteien“, das „den Bruderkampf ausschließt“ eigentlich nicht mehr vorstellbar war. Die reale Alternative lautete Überwindung der alten Klüfte oder Rückzug in die alten Frontstellungen und Grabenkämpfe?

Doch nun zu den Ergebnissen dieser Abstimmung. Das Problem besteht darin, dass tendenziöse Interpretationen der Ergebnisse der Berliner Urabstimmung möglich sind, ohne eine einzige Zahl in Frage zu stellen oder gar zu verfälschen. Die Abstimmungsergebnisse lassen sich einfach von unterschiedlichen Bezugsebenen her berechnen.

Nehmen wir die veröffentlichten, wahrscheinlich nur peripher unzuverlässigen Stimmzahlen für oder wider „den sofortigen Zusammenschluss“, für oder wider „ein Bündnis beider Parteien“ – so lassen sie sich beziehen auf 23 019 Teilnehmer an der Abstimmung, auf 39 716 Mitglieder der Kreisorganisationen der SPD in den Berliner Westsektoren, auf 66 300 Sozialdemokraten des Bezirksverbandes Groß-Berlin der SPD. Auf der ersten Berechnungsgrundlage stimmten 82,3 Prozent gegen die sofortige Vereinigung und 24,8 Prozent gegen ein Bündnis beider Parteien, auf der zweiten Berechnungsgrundlage 47,7 Prozent gegen Vereinigung und 14,4 Prozent gegen Bündnis, auf der dritten Berechnungsgrundlage 28,6 Prozent gegen Vereinigung und 8,6 Prozent gegen Bündnis. Das sollte zumindest nachdenklich stimmen, ob den Zahlen der Berliner Urabstimmung tatsächlich jene Beweiskraft zukommt, die ihnen gemeinhin unterstellt wird.

Natürlich hätte eine generelle, über die Abstimmung auf Versammlungen, Delegiertenkonferenzen und Parteitag hinausgehende Befragung aller beteiligten Mitglieder beider Parteien dem Einheitsparteiprojekt gut zu Gesicht gestanden und manche in den inzwischen verflossenen fünf Jahrzehnten geführte Diskussionen gegenstandslos gemacht. Aber traditionell wurden in der sozialistischen deutschen Arbeiterbewegung Entscheidungen auf Mitgliederversammlungen oder von gewählten Delegierten getroffen. Urabstimmung war eine Vorgehensweise der Gewerkschaften, um die Streikbereitschaft oder die Akzeptanz von Tarifvereinbarungen zu erkunden. Berlin war indes nicht der einzige Ort, wo von Sozialdemokraten in Richtung Urabstimmung gedacht worden ist.[\[45\]](#)

Dennoch ist die Annahme, dass die Ergebnisse einer solchen Abstimmung überall wie in den Westberliner Parteiorganisationen ausgefallen wären, spekulativ, weil sie sich überwiegend auf das Meinungsbild in bestimmten Funktionärskreisen stützt, weil es in den sozialdemokratischen Bezirksorganisationen durchaus auch ablehnende Haltungen gegenüber einer Urabstimmung gab[\[46\]](#) und weil das Berliner Ergebnis – wie versucht wurde, nachzuweisen – so eindeutig eben nicht war.

In der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung waren weder die Vereinigung von Eisenachern und Lassalleanern 1875 noch die Zusammenschlüsse der linken USPD mit der KPD 1920 und der rechten USPD mit der SPD 1922 über Urabstimmungen legitimiert worden. Gleichwohl ist nie ernstlich bezweifelt worden, dass sie vom Willen der Mitglieder getragen waren. Keiner der Fusionen ostdeutscher Parteien mit den westdeutschen Stamm- und Bundestagsparteien in der Nachwendezeit ist eine Urabstimmung vorausgegangen. Als der Zusammenschluss der in der DDR gegründeten Sozialdemokratischen Partei (SDP) mit der Bundespartei SPD akut wurde, hatten im Präsidium der SPD mehreren Anwesende eine Urabstimmung vorgeschlagen.[\[47\]](#) Es kam nicht einmal zu einem Vereinigungsparteitag oder einer Neuwahl des Parteivorstands. Realisiert wurde nur dessen Erweiterung durch Aufnahme einiger ostdeutscher Funktionäre.

Das selbstverständlich gesamtdeutsch, zonenübergreifend gedachte Einheitsparteiprojekt geriet im Frühjahr 1946 zunehmend unter die politische Logik des zonengeteilten Deutschlands und war den gegensätzlichen Ambitionen der Besatzungsmächte ausgesetzt. Gegenüber dem Einheitsparteiprojekt hat sich keine Besatzungsmacht neutral verhalten, was niemanden ernstlich überraschen kann. Da sie die oberste Regierungsgewalt in Deutschland ausübten, unterlag die Gestaltung des politischen Lebens ihrer Leitung und Kontrolle. Die zukünftige Parteienlandschaft spielte dabei natürlich eine herausragende Rolle. Jede Besatzungsmacht favorisierte bestimmte politische Gruppierungen als Partner zur Durchsetzung ihrer Ziele und Interessen.

Für die UdSSR war dies selbstverständlich die KPD und innerhalb dieser vor allem die aus dem Exil in der Sowjetunion zurückgekehrten Spitzenfunktionäre. Für die USA waren dies vor allem konservative, christdemokratische Kräfte, zumal nach dem Tode von Präsident Roosevelt der antifaschistische Einfluss in den Besatzungsbehörden zurückgedrängt worden war. Die britischen Besatzungsbehörden stützten sich nach dem Sieg der Labourparty bei den ersten Nach-

kriegswahlen wesentlich auf rechte sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre. Die von den Großen Drei erst nachträglich als zusätzliche Besatzungsmacht akzeptierten Franzosen waren besonders allergisch gegen alles, was zonenübergreifend mit Ansprüchen für gesamtdeutsche Regelungen auftrat. Das ist natürlich ein grobes Raster, das nur die Grundtendenz widerspiegelt. Bevorzugte Methode westlicher Besatzungsbehörden war es, durch späte Zulassung und bürokratische Reglementierungen die als erste politisch aktiven Kommunisten und andere linke Gruppen auszubremsen.

Die Sowjetische Militäradministration war sich bewusst, dass der Einfluss der KPD nicht ausreichte, um ihre Besatzungsziele durchzusetzen und vor der Bevölkerung zu legitimieren. Eine von Kommunisten dominierte Einheitspartei erschien ihr dazu besser geeignet, obwohl das höchstens perspektivisch eine bolschewistische Partei sein konnte. So sah sie sich berechtigt, massiv in den Prozess einer Vereinigung von Kommunisten und Sozialdemokraten einzugreifen. Dafür stand ihr ein breites Spektrum von Maßnahmen zur Verfügung. Es reichte von der Bevorzugung der KPD und der Verfechter einer Vereinigung bei der Besetzung von Ämtern in den neuen Verwaltungsorganen, bei der Zuweisung von Immobilien, Fahrzeugen und Kraftstoffen, Papierkontingenten für die Presse und Verlage, über persönliche Einflussnahme von Besatzungsoffizieren bis zu einschüchternden Eingriffen oder Repressionen durch das nun auch in Ostdeutschland tätige NKWD<sup>[48]</sup> mit seinem Geheimdienst.

Die Zahl der hiervon berechtigt oder unberechtigt betroffenen Personen ist groß. Ich habe allerdings meine Zweifel, dass zu jener Zeit Sozialdemokraten überproportional betroffen waren. Eine neue gründliche Studie über die von Sowjetischen Militärtribunalen gegen deutsche Zivilpersonen verhängten Todesurteile gelangte zu der Einschätzung, dass diese überwiegend wegen in der UdSSR verübter Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit berechtigt verurteilt worden sind.<sup>[49]</sup> Übrigens existierten in der unmittelbaren Nachkriegszeit in den meisten europäischen Staaten Internierungslager und Sondergerichte, was alliierten Vereinbarungen entsprach, um Faschisten, Kollaborateure oder überhaupt Leute, die den Siegern irgendwie gefährlich werden konnten, zu isolieren.<sup>[50]</sup> Es gab aber unter den Besatzungsoffizieren auch nicht wenige, die hinreichend mit den Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung vertraut waren, um Argumente für eine Vereinigung vorzutragen, die von Skeptikern oder Einheitsgegnern nicht so leicht zu entkräften waren, wollten sie nicht generell gegen die UdSSR und die Politik der KPdSU(B) Partei ergreifen.

### **Einheitsdrang oder Zwangsvereinigung?**

Wir sind damit bei einem grundsätzlichen Problem unserer Thematik angelangt. War die SED-Gründung Ergebnis einer Zwangsvereinigung oder Resultat eines unwiderstehlichen Einheitsdrangs? Zutreffender gefragt: Wie verhalten sich Freiwilligkeit und Druck zueinander?

Belege und Zeugnisse gibt es nämlich für die verschiedensten Geschehnisse, Verhaltensweisen und Motivationen:

- \* Für freudiges, überzeugtes und eigenen politischen Erfahrungen entspringendes Engagement für die Einheitspartei,
- \* für rationale Entscheidungen das Für und Wider abwägender Personen
- \* für gefühlsmäßiges, dem Klassenempfinden entspringendes Eintreten für die Einheitspartei, um die schlimmen Zeiten gegenseitigen Bekämpfens hinter sich zu lassen,
- \* für Mitläufertum im Vertrauen in die Entscheidungen der Parteiführungen
- \* für Argwohn, aber auch für das Verdrängen von Zweifeln,
- \* für opportunistisches Einschwenken in den für unausweichlich gehaltenen Gang der Dinge,
- \* für Ablehnung einer für verfrüht oder für verfehlt gehaltenen Fusion, wie auch für deren Rücknahme im Ergebnis massiver ideologischer und politischer Einwirkung,
- \* für abgetrozzte Teilnahme an einem Zusammenschluss durch direkte oder indirekte Ankündigungen von Benachteiligungen, aber auch durch korrumpierende Versprechungen,

- \* für erzwungenes Stillhalten oder Mitmachen auf Grund von Einschüchterungen oder Drohungen der Besatzungsmacht,
- \* für das politische Ausschalten von Einheitsgegnern bis hin zu deren Verfolgung – in der Regel unter anderen Vorwänden –, was in Extremfällen zu Lagerhaft führte, aus der manche Leute nicht zurückkehrten.

Schließlich spielten auch lokale Situationen und Personen eine nicht zu unterschätzende Rolle. Es gab halt vor Ort Kommunisten und Sozialdemokraten, die konnten miteinander, und es gab welche, die es nicht oder nur widerwillig vermochten.

Die Frage ist also, wie prägend waren solche Erfahrungsmuster und Verhaltensweisen, inwieweit charakterisieren sie den Entstehungsprozess und das Wesen der 1946 entstandenen SED insgesamt? Diese Streitfrage wird sich nicht endgültig klären lassen. Zum einen, weil wir die genannten Haltungen und Motivationen nicht zuverlässig quantifizieren können. Zum anderen, weil es sich um eine Thematik handelt, bei deren Behandlung jeder dieses oder jenes Vorwissen einbringt und bewusst oder unbewusst irgendwie vorbelastet ist.

Der Begriff „Zwangvereinigung“ ist älter als die Einheitspartei selbst. So hatte der bereits als Verfechter einer sofortigen Vereinigung erwähnte, dann aber in die Westzonen übergewechselte Gustav Dahrendorf ein in Hamburg veröffentlichtes Pamphlet gegen den Zusammenschluss von KPD und SPD überschrieben.<sup>[51]</sup> Dieses Stigma wurde bereitwillig von der sozialdemokratischen und der konservativen Geschichtsschreibung aufgegriffen und von den westdeutschen Medien verbreitet. Es ist Leuten eingehämmert worden, die sich nie selbst mit den historischen Tatsachen befasst haben.

Allerdings haben auch Leute Widerspruch eingelegt, die keiner Sympathie für die Kommunisten verdächtig sind. Zitiert sei hier der damalige Vorsitzende der CDU in der sowjetischen Besatzungszone und spätere Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen Jakob Kaiser. Er stellte fest, dass „nur verschwindend wenig Führungskräfte der Sozialdemokratie des Ostens dem Verschmelzungswillen der Kommunisten widerstanden haben“, dass „der damalige Führungskörper der östlichen Sozialdemokratie bei dieser Verschmelzung wesentlich mitgewirkt hat. Ich selbst habe die Phasen dieses Geschehens unmittelbar miterlebt. Ich wäre gern bereit, den Mantel der Liebe darüber zu decken, wenn ich nicht immer wieder vor der Notwendigkeit stände, einer Legendenbildung vorzubeugen.“<sup>[52]</sup>

Die Frage ist nicht, ob beim Zusammenschluss von KPD und SPD auch Zwang im Spiele war? Es hat ihn nachweislich gegeben. Die Frage ist, ob die generalisierende Definition „Zwangvereinigung“ zur Charakterisierung von – wie ich meine – historisch bedingten, vielschichtigen und differenziert zu beurteilenden Geschehnissen geeignet ist.

Denn mit dem Einschrumpfen auf Zwangvereinigung verbinden sich meist wesentliche Unterlassungen und Verzeichnungen der realen Ereignisse. Ich hatte das anlässlich des 50. Jahrestages der Vereinigung einmal in acht Punkten zusammengefasst<sup>[53]</sup>, die ich hier verkürzt wiedergeben möchte:

*Erstens* wird in der Regel die politische Grundsituation entstellt. Die politische Hauptscheidelinie verlief nämlich nicht zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten, sondern zunächst immer noch zwischen Nazis und Antinazis. Die Auseinandersetzungen um die Einheitspartei waren trotz aller Schärfe ein Streit im antinazistischen Lager. Als die KPD den Entschließungsentwurf ihrer Reichskonferenz zur öffentlichen Diskussion – nicht nur in ihrer Mitgliedschaft – stellte, gingen dem Zentralkomitee 182 Stellungnahmen teils von Organisationen, teils von Einzelpersonen zu. Obwohl dies auf dem Höhepunkt der Einheitskampagne geschah, war die mit Abstand am heißesten diskutierte Thematik der Umgang mit den Nazis. Die Einheitsfrage nahm demgegenüber etwa den denselben Raum ein wie Demokratisierung der Verwaltungen; Gewerkschaften, Mitbestimmung und Tarifpolitik.<sup>[54]</sup>

*Zweitens* bleibt ausgeblendet, dass die Einheitspartei nicht Selbstzweck war. Es ging dabei um die Entscheidung, was aus Deutschland werden sollte. Und hier wurde bis in die Reihen der Christdemokraten hinein vorwiegend eine antikapitalistische Alternative vertreten, die erst von der CDU, dann von den westdeutschen Gewerkschaften und schließlich von der SPD aufgegeben wurde.

*Drittens* wird uns „Zwangsvereinigung“ häufig als die erste große Entscheidungsschlacht zwischen Demokratie und Diktatur in Deutschland und als Präludium zum kalten Krieg und zur Teilung Deutschlands vorgeführt. Aber die Alliierten haben sich wegen geostrategischer Konflikte entzweit und nicht wegen der SED-Gründung. Sie fanden rasch einen Kompromiss, indem sie sowohl die SED als auch die SPD in allen Sektoren Berlins zuließen.

*Viertens* werden uns die Sozialdemokraten fast ausschließlich in der Opferrolle vorgeführt. Das hat schon der zitierte Jakob Kaiser ins Reich der Legende verwiesen.

*Fünftens* beruhen die Argumente, mit denen die Zwangsvereinigung belegt wird, vornehmlich auf den Überlieferungen führender und mittlerer Funktionäre. Es ging aber damals um weit mehr als um die Verschmelzung eines kommunistischen und eines sozialdemokratischen Parteikaders, wenngleich hier der Kern des Problems lag. Es handelte sich um die Entscheidung und die Betroffenheit von rund einer Million politischer organisierter Männer, Frauen und Jugendlichen. Von den über die KPD zur SED gelangten Menschen war jedoch nur etwa jeder Zehnte vor 1933 Mitglied der kommunistischen Partei gewesen, von den über die SPD zur SED gekommenen, meiner Schätzung nach nur jeder Dritte oder Vierte. Und diese Leute waren überwiegend zu einem Zeitpunkt in die KPD oder SPD eingetreten, zu dem sie wussten, dass sie bald Mitglied einer Einheitspartei sein werden. Sie hätten diese politische Entscheidung auch unterlassen können. Das waren Leute, die sich Gedanken gemacht hatten, und nicht einfach eine Manövriermasse der KPD-Führung.

*Sechstens* unterbleibt meist eine Analyse, was die SED zum Zeitpunkt ihrer Gründung parteihistorisch und parteisoziologisch mit ihrem Programm, ihrem Statut, ihren Strukturen und in der Zusammensetzung ihrer Mitgliedschaft eigentlich real darstellte.

Damit hängt *siebtens* die gründlich zu prüfende Frage zusammen, ob die in den Folgejahren vollzogene Umwandlung der SED in eine Partei neuen Typs nach dem Vorbild der KPdSU(B) vorprogrammiert oder ob dies ein Bruch mit dem Gründungskonsens der Einheitspartei war, der sich wesentlich aus der Eskalation des Kalten Krieges erklärt. Ich denke, es spricht viel dafür, dass die bis an die Grenze zum heißen Krieg heranreichende Konfrontation im internationalen Maßstab den Ausschlag gegeben hat. Gleichwohl war diese sowohl von sowjetischer Seite auferlegte als auch von kommunistischen Funktionären innerhalb der SED forcierte Kursänderung selbstverschuldet. Sie hat nicht nur der eigenen Sache erheblich geschadet, sondern auch zahlreiche aufrechte Parteimitglieder schlimm beschädigt.

*Achtens* schließlich ist überall, wo eine Fokussierung auf „Zwangsvereinigung“ stattfindet, der Blick nach vorn eingetrübt. Das gilt allerdings umgekehrt auch für jegliche Glorifizierungen der Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte der SED. Wer ernstlich behauptet, dass sieben Jahrzehnte zurückliegende Ereignisse heute gebotenem gemeinsamen Handeln linker Kräfte entgegenstünden, der sucht nach Vorwänden und verhüllt seine anders gelagerten Gründe und Absichten.

Nun habe ich bislang überhaupt nichts gesagt zu jenem Ereignis, das ja eigentlich Anlass ist, um einen 70. Jahrestag zu begehen – ich meine den am 21. und 22. April 1946 in Berlin durchgeführten Vereinigungsparteitag selbst. Er hatte seine hohe Symbolkraft und ist auch entsprechend inszeniert worden. Aber Entscheidungen von grundsätzlicher Tragweite waren hier nicht mehr zu treffen.

Die als vorläufiges Parteiprogramm geltenden „Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ waren ausgehandelt. Sie enthielten die zum politischen Neubeginn von beiden Parteien erhobenen antifaschistisch-demokratischen Forderungen. Über diese hinausgehend erklärten sie den Sozialismus mit Wesensmerkmalen, die eigentlich nicht über das Erfurter Programm der deutschen Sozialdemokratie von 1891 hinausgingen. Wichtig war, dass die Möglichkeit eines demokratischen, überwiegend friedlichen Übergangs zum Sozialismus anvisiert wurde.<sup>[55]</sup>

Als einzige strittige Frage beschäftigte die Statutenkommission die Frage, wie im Parteistatut Rolle und Stellung von Wohngruppen und Betriebsgruppen definiert werden sollten. Das war insofern keine unerhebliche Angelegenheit, denn hier stießen unterschiedliche Auffassungen

über die Aufgaben und Verankerungen der Partei aufeinander, die mit einer Kompromissformel überbrückt wurden.[\[56\]](#)

Etwas Wichtiges wird allerdings oft übersehen oder bleibt unterbelichtet, nämlich die gesamtdeutsche oder – wenn man will – nationale Dimension dieses Vereinigungsparteitages. Die KPD war ja als in jeder Besatzungszone agierende Partei mit gewählten Delegierten aus allen Parteibezirken vertreten. Die anwesenden westdeutschen Sozialdemokraten konnten da allenfalls auf Mandate einzelner Ortsgruppen verweisen. Die Diskussion auf dem Parteitag wurde mehrheitlich von Vertretern aus dem Westen bestritten, was natürlich Ergebnis einer gezielten Regie war. In allen vom Parteitag gewählten Gremien waren Abgesandte aus den Westzonen präsent.[\[57\]](#) Das heißt dieser Parteitag sollte den Impuls für eine gesamtdeutsche sozialistische Einheitspartei geben.

Die Ausstrahlung in Richtung Westen blieb allerdings bescheiden. Zum einen, weil es dem Büro der Westzonen weitgehend gelungen war, die Sozialdemokraten auf den antikommunistischen Kurs Schumachers einzuschwören und gegen Einflüsse des Berliner Zentralausschusses der SPD zu immunisieren. Andererseits weil die Besatzungsmächte mit einem ausgeklügelten Instrumentarium gegen die Vereinigungsbewegung vorgingen.[\[58\]](#) Gründungskomitees der Einheitspartei wurden regelrecht verboten. Britische Besatzungsbehörden forderten gewählte Mitglieder des Parteivorstandes der SED auf, sofort aus dieser Funktion auszuschcheiden. Also von einem freien Spiel der Kräfte kann auch für den Westen nicht die Rede sein. Die SED vermochte auf Dauer im Westen kein deutlich über den Anhang der KPD hinausgehendes politisches Potential zu mobilisieren.

### **Vermögen uns die Erfahrungen von 1945/1946 heute noch etwas zu sagen?**

So stellt sich abschließend die Frage, können die Vorgänge von 1945/1946 als Lehrstück für die Gegenwart dienen? Ist Einheit der Arbeiterklasse in einer politischen Einheitsorganisation heute ein tragfähiges Thema?

Ein Lehrstück wohl höchstens in dem Sinne, dass wir uns an den Geschehnissen von 1945/46 die inzwischen eingetretenen enormen Veränderungen und die radikal anderen Bedingungen bewusstmachen können. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass wir an sieben Jahrzehnte zurückliegende Geschehnisse nicht die Elle unserer Gegenwart anlegen dürfen, worum ich mich bemüht habe.

Alle kurzschlüssigen Parallelen verbieten sich. Politische Entwicklungen und mehr noch die Prozesse der wissenschaftlich-technischen Revolution und der ökologischen Gefährdungen menschlichen Lebens auf diesem Planeten haben die Frage nach dem Subjekt grundlegender Wandlungen neu gestellt. Nachhaltige Lösungen in beschränktem nationalem Rahmen sind nicht mehr real vorstellbar. Die Bereitschaft von Menschen, sich für Alternativen zu engagieren, die diesen Namen wirklich verdienen, lässt sich keineswegs vorrangig aus ihrer Stellung im Produktionsprozess und aus ihrem Verhältnis zu den Produktionsmitteln – als den klassischen Merkmalen früherer Klassendefinitionen – ableiten.

Auch reduziert sich der gesellschaftliche Stellenwert straff organisierter politischer Mitgliederorganisationen. Zunehmend vermögen Netzwerke einen höheren Grad der Mobilisierung von Menschen zu erreichen als einzelne Parteien, Gewerkschaften oder andere vergleichbare Organisationen.

Es wäre schon viel gewonnen, wenn Gruppierungen, die sich als Linke verstehen, einen Minimalkonsens erreichen würden. Was ist damit gemeint?

Mit unterschiedlichen Einschätzungen der Lage und verschiedenen Strategiekonzepten zu ihrer Veränderung werden wir auf absehbare Zeit leben müssen. Und da wir ohnehin nicht unmittelbar auf eine revolutionäre Situation zusteuern, die praktische Konsequenzen erfordert, ist es meines Erachtens auszuhalten, wenn wir diese Probleme in den Bereich der theoretischen Debatte verweisen. Also klar unterscheiden, was hier und heute geboten ist und was perspektivisch zu denken und zu tun ist.



Allerdings scheint mir, dass die Bewegungen des letzten Vierteljahrhunderts – also vom Kollaps des Realsozialismus und dem Ringen um einen erneuerten Sozialismus bis zum arabischen Frühling - auch gelehrt haben, dass diejenigen, die solche Bewegungen ausgelöst und mit großem Einsatz getragen haben, und diejenigen, die ihre Ernte eingefahren haben, nicht dieselben sind. Ich habe große Sympathie für Basisdemokratie, aber nur von unten, ohne eine Kraft, die alle Bestrebungen und Aktivitäten politisch zu bündeln vermag, sehe ich keine Erfolgschancen. Somit stellt sich die Frage nach der Verbindung der Aktion von unten und von oben, von direkter und repräsentativer Demokratie und auch nach einer weithin akzeptierten führenden, demokratisch strukturierten Zentrale und auch nach charismatischen Persönlichkeiten. Ich wüsste nicht, wo ohne diese Voraussetzungen schon einmal Vorstöße in historisches Neuland gelungen wären. Dass kann aber nicht funktionieren mit einem Führungsanspruch, wie er seitens deutscher Kommunisten im Rahmen der Einheitspartei durchgesetzt worden ist. Das von Lenin begründete und unter Stalin pervertierte Modell der zentralistischen Partei neuen Typs hat keine Zukunft – selbst wenn es die Verbrechen, denen ungezählte aufrechte Kommunisten, Sozialisten und Antifaschisten zum Opfer gefallen sind, nicht gegeben hätte. Eine politische Organisation mit Konzentration aller Entscheidungs- und Machtpotenzen in einem Politbüro und hier wiederum in den Händen eines allmächtigen Generalsekretärs, mit einer dogmatisierten Ideologie, mit Parteikontrollkommissionen und permanenten Disziplinierungen der Mitglieder, kann keine mehrheitliche Akzeptanz finden in Gesellschaften, in denen Pluralität und individuelle Freiheiten bei der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung einen hohen Stellenwert besitzen.

Unter einem linken Minimalkonsens verstehe ich auch, dass sich alle Gruppierungen dazu durchringen sollten, die derzeit einzig mögliche parlamentarische Vertretung der Linken auch bei Differenzen in nicht unwesentlichen Politikfeldern mit ihrer Stimme zu unterstützen. Das schließt eine kritische Begleitung von Bundestags- und Landtagsfraktionen oder gar Länderregierungen nicht aus.

Schließlich und letztlich. Wenn wir uns die Welt von heute betrachten – mit ihren weltweit geführten Kriegen und Terrorwellen, mit Zerstörung der natürlichen Lebensbedingungen unseres Planeten, mit dem Auseinanderklaffen von Reichtum und Armut, mit dem tiefen Graben zwischen den privilegierten Ländern des Nordens und den ausgebeuteten Ländern des Südens sowie den dadurch ausgelösten Flüchtlingsströmen – sollten wir uns bewusstwerden, auf welchem dünnem Eis wir uns bewegen. Und was die Sache noch schlimmer macht – es ist derzeit die chauvinistische, teils rassistische oder gar faschistische Rechte, die aus der gegenwärtigen politischen Misere Honig saugt, und nur in wenigen Ländern die Linke. Die Notwendigkeit einer Bündelung der Kräfte gegen rechts wächst zusehends. Und da reift eine Situation heran, in der noch über viel weitergehende Bündnisse unter Zurückstellung von gravierenden Meinungsverschiedenheiten nachzudenken ist, als das 1945 der Fall war. Auch wenn derzeit wenig dafür spricht: An einem Zusammenwirken von Linken und Sozialdemokraten führt da kein Weg vorbei. Vermeintliche Linke, die Randalen und Straßenschlachten mit der Polizei provozieren, allzu dogmatische Kapitalismuskritiker und allzu rechthaberische DDR-Verteidiger sind da kontraproduktiv, wenn sie bereitwillige potentielle Partner vor den Kopf stoßen.

Aber all das kann nicht mit den Einheitslosungen und -appellen des Jahres 1945/1946 geschehen. Dazu bedarf es einer zeitgemäßen Politik, und die schließt einen selbstbewusst-kritischen, aber mit dem Abstand der Jahre auch gelasseneren Umgang mit unserer Geschichte ein.

#### Anmerkungen

- [1] Grundriss der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1963, S. 211.  
 [2] Ebenda.  
 [3] Ebenda.  
 [4] Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Abriß, Berlin 1978, S. 124.  
 [5] Siehe die von mir verfasste Erklärung der Historischen Kommission der PDS zum 50. Jahrestag der SED-Gründung sowie Günter Benser: Zusammenschluß von KPD und SPD 1946. Erklärungsversuche jenseits von Jubel und Verdammnis (=hefte zur ddr-geschichte 27), Berlin 1995, 2., durchges. u. ergänzte Auflage, Berlin 2006.

- [6] Willy Brandt: Die SPD in der deutschen Geschichte, in: Susanne Miller/Malte Ristau (Hrsg.): Erben deutscher Geschichte. DDR – BRD: Protokoll einer historischen Begegnung, Reinbek bei Hamburg 1988, S. 17.
- [7] Feliks Tych: Die ehemaligen Parteiarchive in Osteuropa als Quellenkorpus. Heuristische Probleme. In: Bruno Gropp u.a. (Hrsg.): Quellen und Historiographie der Arbeiterbewegung nach dem Zusammenbruch des „Realsozialismus“ (=ITH Tagungsbericht 32), Wien 1998, S. 10.
- [8] Siehe Günter Benser: Der 50. Jahrestag der Vereinigung von KPD und SPD. Eine historisch-kritische Nachlese. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 2/97, S. 35-54.
- [9] Sozialistische Aktion (Karlsbad), 28. Januar 1934.
- [10] Diese Konferenz fand in der Nähe von Moskau statt.
- [11] Dokumente zur Geschichte der SED, Band. 1: 1847 bis 1945, Berlin 1981, S. 304.
- [12] Tagungsort dieser Konferenz war Draveil (b. Juvisy/Seine) südlich von Paris.
- [13] Ebenda, S. 349/350.
- [14] Zit. in: Peter Erler/Horst Laude/Manfred Wilke (Hrsg.): >>Nach Hitler kommen wir<<. Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland, Berlin 1994, S. 75.
- [15] Siehe ebenda, S. 168.
- [16] Siehe Günter Benser: „Reformer“ in den Antifa-Ausschüssen des Jahres 1945. In: Wladislaw Hedeler/Mario Keßler (Hrsg.): Reformen und Reformer im Kommunismus. Für Theodor Bergmann. Eine Würdigung, Hamburg 2015, S. 19-35.
- [17] Siehe hierzu Günter Benser: DDR und Arbeiterbewegung (= hefte zur ddr-geschichte, Nr. 67), Berlin 2001; Günter Benser/Dietrich Mühlberg: Arbeiterbewegung in der DDR (= hefte zur ddr-geschichte, Nr. 76), Berlin 2002.
- [18] Gerhard A. Ritter hat recht zutreffend die Begriff „Fragmentierung der Arbeiterklasse“ geprägt. Siehe sein Vorwort zu Jürgen Kocka: Lohnarbeit und Klassenbildung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in Deutschland 1800-1875 (= Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts, hrsg. v. Gerhard A. Ritter, Bd. 1.), Berlin/Bonn 1983.
- [19] Siehe Michael Schneider: Unterm Hakenkreuz. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1933 bis 1939, Bonn 1999; Ders.: In der Kriegsgesellschaft. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1939 bis 1945, Bonn 2014.
- [20] Siehe Günter Benser: 1945 – Eine historische Zäsur. In: Rainer Holze/Marga Voigt: 1945 – Eine „Stunde Null“ in den Köpfen? Zur geistigen Situation in Deutschland nach der Befreiung vom Faschismus (=Zwischen Revolution und Kapitulation. Forum Perspektiven der Geschichte, Bd. 2), Berlin 2016, 29-46.
- [21] Siehe hierzu Rainer Holze/Reiner Zilkenat: Der 8. Mai 1945 und die geistige Situation der Zeit. In: Ebenda, S. 129-140.
- [22] Dokumente zur Geschichte der SED, Band 2: 1945 bis 1971, Berlin 1989, S. 12. Siehe auch Günter Benser: Neubeginn ohne letzte Konsequenz (1945/46) (=Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität, Bd. 4), Berlin 2009, S. 44-54.
- [23] Siehe Steffen Kachel: Ein rot-roter Sonderweg? Sozialdemokraten und Kommunisten in Thüringen 1919 bis 1949 (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission in Thüringen. Kleine Reihe, Bd. 29), Köln/Weimar/Wien 2011, S.257-261.
- [24] Siehe Protokoll über die Aussprache bei der ersten Zusammenkunft von etwa 200 antifaschistischen Funktionären im Stadthaus Berlin. In: Walter Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Aus Reden und Aufsätzen, Bd. II: 1933-1946, 2. Zusatzbd., Berlin 1968, S. 311-313.
- [25] Dies wurde später in einer ausführlichen Positionsbestimmung untermauert, der wir in der sozialdemokratischen Geschichtsschreibung kaum begegnen: Stellungnahme und Beschluss des Zentralausschusses der SPD vom 20. August 1945 über die Frage der Ostorientierung. Siehe: Andreas Malycha: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) im Jahre 1945. Zu Rolle und Wirksamkeit des Zentralausschusses (ZA) im Ringen um antifaschistische Umgestaltungen in der Etappe der Aktionseinheit von KPD und SPD (Mai 1945 bis Dezember 1945), Diss., Berlin 1988, S. 92-102.
- [26] Siehe den Abschnitt „Sozialdemokraten und Kommunisten“ in den von Kurt Schumacher verfassten „Politischen Richtlinien für die S.P.D. in ihrem Verhältnis zu den anderen politischen Faktoren“. In: Kurt Schumacher: Reden – Schriften – Korrespondenzen. 1945-1952, hrsg. v. Willy Albrecht, Berlin/Bonn 1985, S. 276-281.
- [27] Kurt Schumacher: Reden – Schriften – Korrespondenzen, S. 268.
- [28] Ebenda, S. 243
- [29] Siehe Günter Benser: Die antifaschistischen Ausschüsse des Jahres 1945. Die Bremer Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus. In: Rainer Holze/Marga Voigt (Hrsg.): 1945 – Eine „Stunde Null“ in den Köpfen?, S. 133-137.
- [30] Siehe Günter Benser: Die KPD im Jahre der Befreiung. Vorbereitung und Aufbau der legalen kommunistischen Massenpartei (Jahreswende 1944/1945 bis Herbst 1945), Berlin 1985, S. 116-127.
- [31] Siehe Dokumente zur Geschichte der SED, Bd. 2, S. 22/23.
- [32] Siehe ebenda, S. 7-16.
- [33] Siehe ebenda, S. 17-21.
- [34] Ebenda, S. 18.

- [35] „Demokratie in Staat und Gemeinde, Sozialismus in Wirtschaft und Gesellschaft“ – so lautete die viele Fragen offenhaltende Formulierung. (Ebenda.)
- [36] Ebenda, S. 21.
- [37] Siehe Otto Grotewohl und die Einheitspartei. Dokumente Bd. 1: Mai 1945 bis April 1946, Berlin 1994, S. 123-174.
- [38] Ein Musterbeispiel der zum Erliegen gebrachten Aktionseinheit von KPD und SPD liefert die Aktionsgemeinschaft SPD/KPD München. Die Protokolle ihrer Sitzungen sind abgedruckt in: Günter Benser/Hans-Joachim Krusch (Hrsg.): Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland, Reihe 1945/1946, Bd. 1: Protokolle des Sekretariats des Zentralkomitees der KPD. Juli 1945 bis April 1946, München/New Providence/London/Paris 1993, S. 385-472.
- [39] Ebenda, Bd. 2: Protokolle der erweiterten Sitzungen des Sekretariats des Zentralkomitees der KPD. Juli 1945 bis Februar 1946, München/New Providence/London/Paris 1994, S. 135. In veröffentlichten Erinnerungen hat Anton Ackermann festgehalten: „Ende September/Anfang Oktober 1945 hatten wir im Politbüro des Zentralkomitees (gemeint ist das Sekretariat des ZK der KPD. G.B.) erstmals erwogen, dem Zentralausschuß der SPD vorzuschlagen, über die Aktionseinheit hinauszugehen und den Zusammenschluß beider Parteien vorzubereiten.“ (Anton Ackermann: Der neue Weg zur Einheit. In: Vereint sind wir alles. Erinnerungen an die Gründung der SED, Berlin 1971, S. 77.)
- [40] Hans-Joachim Krusch/Andreas Malycha: Einheitsdrang oder Zwangsvereinigung. Die Sechziger Konferenzen von KPD und SPD 1945 und 1946, Berlin 1990, S. 161.
- [41] Ebenda, S. 162.
- [42] Ebenda.
- [43] Kurt Schumacher: Reden – Schriften – Korrespondenzen, S. 328.
- [44] Eine von Manfred Rexin besorgte, vom Institut für Sozialgeschichte Braunschweig herausgegebene CD vermittelt einen akustischen Eindruck von diesem Ereignis.
- [45] Siehe Andreas Malycha: Auf dem Weg zur SED. Die Sozialdemokratie und die Bildung der Einheitspartei in den Ländern der SBZ. Eine Quellenedition (=Archiv für Sozialgeschichte, Beiheft 16), Bonn 1995, S. XC, CIII.
- [46] Siehe ebenda, S. XCII.
- [47] Siehe Ilse Fischer (Hrsg.): Die Einheit sozial gestalten. Dokumente aus den Akten der SPD-Führung 1989/90, Bonn 2009, S. 347.
- [48] Narodny kommissariat wnutrennych del (Volkskommissariat des Innern).
- [49] Siehe Andreas Weigelt/Klaus-Dieter Müller/Thomas Schaarschmidt/Mike Schmeitzner (Hrsg.): Todesurteile sowjetischer Militärtribunale gegen Deutsche (1944-1947). Eine historisch-biographische Studie (=Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung Bd. 56), Göttingen 2015, S. 8-10.
- [50] Siehe Günter Benser: 1945 – eine historische Zäsur. In: Rainer Holze/Marga Voigt (Hrsg.): 1945 – Eine „Stunde Null“ in den Köpfen?, S. 41/42.
- [51] Gustav Dahrendorf: Die Zwangsvereinigung der Kommunistischen und Sozialdemokratischen Partei in der russischen Zone. Abdruck in: Gustav Dahrendorf: Der Mensch, das Maß aller Dinge. Reden und Schriften zur deutschen Politik 1945-1954, Hamburg 1955.
- [52] Jakob Kaiser: Gewerkschafter und Patriot. Eine Werkauswahl, hrsg. u. eingel. v. Tilman Mayer, Köln 1988, S. 374.
- [53] Günter Benser: Was passiert, wenn der Zusammenschluß von KPD und SPD auf eine bloße Zwangsvereinigung eingeschrumpft wird. In: Johannes Klotz (Hrsg.): Zwangsvereinigung? Zur Debatte über den Zusammenschluß von SPD und KPD 1946 in Ostdeutschland, Heilbronn 1996, S. 54-64.
- [54] Siehe Günter Benser: Ein aufschlußreiches Meinungsbild. Zuschriften und Anträge zum Entschließungsentwurf für die Reichskonferenz der KPD. Februar/März 1946. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 1995/3, S. 3-18.
- [55] Ausgehend von der Tatsache, dass in Deutschland die faschistisch-reaktionären Gewalten von außen zerschlagen wurden, war – mit einer theoretisch anfechtbaren Gegenüberstellung von „demokratisch“ und „revolutionär“ – formuliert worden: „Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands erstrebt den demokratischen Weg zum Sozialismus; sie wird aber zu revolutionären Mitteln greifen, wenn die kapitalistische Klasse den Boden der Demokratie verlässt.“ (Dokumente zur Geschichte der SED, Bd. 2, S. 37.) Die Argumentation hierzu hatte Anton Ackermann mit seinem Aufsatz „Gibt es einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus?“ geliefert (Einheit. Monatsschrift zur Vorbereitung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 1946/1, S. 20-22.) Ausführlicher hierzu Günter Benser: Der besondere deutsche Weg zum Sozialismus. Konzept und Realität (=hefte zur ddr-geschichte 115), Berlin 2009.
- [56] § 9 des Parteistatuts bezeichnete „Wohnbezirks- und Betriebsgruppen“ als „Grundeinheiten der Partei“. Doch erhielten die Betriebsgruppen eine Vorrangstellung, denn in Betrieben tätige Parteimitglieder waren dort zu erfassen. Sie sollten aber zugleich an der Arbeit ihrer Wohnbezirks- oder Ortsgruppe teilnehmen. (Dokumente zur Geschichte der SED, Bd. 2, S. 42.)

- [57] Siehe Protokoll des Vereinigungsparteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) und der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) am 21. und 22. April 1946 in der Staatsoper (Admiralspalast) Berlin, Berlin 1946, S. 6-8, S. 214.
- [58] Am Beispiel von Berlin-Neukölln hat dies Reiner Zilkenat anschaulich beschrieben. Siehe Die Vorbereitungen für die Bildung einer „Sozialistischen Einheitspartei“ in Berlin-Neukölln 1945/46 und die Repressionen der Westalliierten. In: Mitteilungen des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Nr. 49, März 2016, S. 8-13.

Dr. Reiner Zilkenat

## Die Vorbereitungen für die Bildung einer „Sozialistischen Einheitspartei“ in Berlin-Neukölln 1945/46 und die Repressionen der Westalliierten

Die Geschichtsschreibung zur Vereinigung beider Arbeiterparteien stellt nach wie vor ein Politikum dar. Wer daran zweifeln sollte, mag einen Blick in die Berliner Tageszeitung „Der Tagesspiegel“ werfen, die sich gern selbst als die maßgebliche Hauptstadt-Gazette für die Gruppe der so genannten Entscheider in Politik, Wirtschaft und Kultur feiert. Am 22. und 23. April 2016 würdigten hier Gregor Gysi, der langjährige Partei- und Fraktionsvorsitzende der LINKEN, und der inzwischen ein wenig in Vergessenheit geratene ehemalige Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD) den 60. Jahrestag des Vereinigungsparteitages im April 1946. Flankiert werden beide Artikel von einem längeren Beitrag aus der Feder von Christoph Marx, in dem die aus der Mottenkiste des Antikommunismus hervor gekramten Fehl- und Vorurteile zu dieser Thematik reproduziert wurden.<sup>[1]</sup> Der Autor, ebenso wie Herr Thierse, formuliert vorwiegend emotional. Seine Darstellung ist von wenig historischer Sachkenntnis angekränkt. Immerhin rutscht ihm ein nicht ganz unwichtiges Faktum der damaligen politischen Szenerie in Berlin heraus, das uns hervorhebenswert erscheint. Die Redaktion des „Tagesspiegel“, so erfährt der erstaunte Leser, habe „ab Februar ihre Seiten für das Anliegen der rebellierenden SPD-Mitglieder“ geöffnet und „gab den überparteilichen Anspruch vorübergehend (!!!-R.Z.) auf.“ Und weiter: „Die publizistische Unterstützung von ungewohnter Seite, von den US-Presseoffizieren mit einer großzügigen Auflagensteigerung befeuert, forderte die sowjetische Publizistik heraus., zumal die SPD-Rebellen in Berlin eine parteiinterne Urabstimmung durchsetzten.“ Diese Formulierungen sollte man auf der Zunge zergehen lassen: Die US-amerikanische Unterstützung der „SPD-Rebellen“, vermittelt durch die von ihnen lizenzierte und als Besatzungsmacht in den Westsektoren Berlins kontrollierte Presse (*Aktion*), forderte die sowjetisch beaufsichtigte Publizistik (*Reaktion*) heraus. Ein interessantes Eingeständnis, zumal für eine Zeitung, deren Motto lautet: *rerum cognoscere causas* – die Ursachen der Dinge erkennen! Und schließlich – so Herr Marx – veranlassten die US-amerikanischen Autoritäten eine „großzügige Auflagensteigerung“. Wurde das bislang nicht einseitig für die im Ostsektor publizierten Presseorgane bzw. für deren von der SMAD veranlasste, großzügige Versorgung mit Zeitungspapier unterstellt? Ungeachtet der ansonsten in diesem Artikel verbreiteten antikommunistischen Anschauungen sind diese Eingeständnisse des „Tagesspiegel“-Autors Anno 2016 durchaus bemerkenswert. Sie sollten festgehalten werden.

Zur Kontroverse Gysi-Thierse sei nur wenig gesagt. Der eloquente Vordenker der LINKEN irrt, wenn er schreibt, dass „schon nach kurzer Zeit die Partei nach sowjetisch-kommunistischer Struktur“ umgewandelt worden sei. Dies geschah erst in den Jahren 1948/49, letztlich mit den Beschlüssen der 1. Parteikonferenz der SED im Januar 1949, und muss im Zusammenhang des nicht von der UdSSR vom Zaune gebrochenen Kalten Krieges und der eskalierenden ideologischen Auseinandersetzungen zwischen den Kommunistischen Parteien Jugoslawiens und der Sowjetunion interpretiert werden. Dass es sich dabei um eine verhängnisvolle Entwicklung handelte, die sich gegen die auf dem Gründungsparteitag beschlossenen politisch-programmatischen Dokumente richtete, unterliegt keinem Zweifel. Aber „nach kurzer Zeit“ und ohne Konflikte konnte sich dieser negative Entwicklungsprozess innerhalb der SED nicht vollziehen – worüber die Quellen im Archiv der Berliner Landesleitung beredtes Zeugnis ablegen.

Gysis Appell zum Abschluss seines Artikels, in dem er Linke, SPD und Bündnis 90/Die Grünen auffordert, in der Gegenwart „getrennt und unterschiedlich zu bleiben“, ohne eine Zusammenarbeit ablehnen zu dürfen, „wenn es um die Verhinderung einer Rechtsentwicklung in Europa und in Deutschland geht, wie wir sie gerade erleben“, ist für Wolfgang Thierse „eine Selbstverständlichkeit“. Wie erfreulich, kann man da nur kommentierend hinzufügen, wenn da nicht in den vergangenen zwanzig Jahren von SPD-geführten bzw. mitgetragenen Regierungen immer wieder Gesetze initiiert worden wären, die einen drastischen Sozialabbau zur Folge hatten und damit politisch bessere Wirkungsmöglichkeiten für rechte Parteien mit verursachten.

Dass Thierse der SPD attestiert, sie habe zum Beispiel 1914 und 1918 Fehler gemacht (welche – das wird leider nicht gesagt), ist erfreulich und wird hoffentlich dazu führen, dass sich die Berliner SPD bei möglichen Koalitionsverhandlungen mit der LINKEN in der deutschen Hauptstadt für die Zustimmung zu den Kriegskrediten im August 1914 und für die unsäglichen, menschen-

verachtenden Artikel des „Vorwärts“ im Januar 1919 anlässlich der Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts entschuldigen wird. Ganz zu schweigen vom heimlich zwischen dem sozialdemokratischen „Volksbeauftragten“ Friedrich Ebert und dem Ersten Generalquartiermeister der Obersten Heeresleitung, Generalleutnant Wilhelm Groener, bereits in den Novembertagen 1918 abgeschlossenen Bündnis, mit der gemeinsamen Zielstellung, die Revolution abzuwürgen bzw. sie in Blut zu ersäufen, falls es nötig sein sollte. Die Verhandlungsdelegation der LINKEN wird hierfür nach den Ausführungen Thierses im „Tagesspiegel“ sicherlich die Entschuldigungen einfordern, wenn es um die erneute Konstituierung einer „rot-roten-Koalition“ in Berlin nach den Abgeordnetenhauswahlen gehen sollte.

Doch genug von aktuellen Polemiken und Artikeln zum Thema. Prüfen wir lieber anhand der verfügbaren Quellen, wie sich die Auseinandersetzungen um die Schaffung der Einheitspartei 1945/46 in den Westsektoren gestalteten. Hier hatten die SMAD und die von ihr im Ostsektor eingesetzten Autoritäten keinen Zugriff auf „Einheitsgegner“. Wir illustrieren die entsprechenden Aktivitäten am Beispiel des Stadtbezirks Neukölln. Der Stadtbezirk Neukölln zählte von 1945 bis 1990 zum US-amerikanischen Sektor Berlins. Mit ca. 270.000 Einwohnern (1945/46) war er einer der einwohnerstärksten Bezirke. Traditionsgemäß waren die Parteien der Arbeiterbewegung hier die stärkste politische Kraft, was sich auch bei den Wahlen zu den unterschiedlichen Parlamenten niederschlug. Noch am 12. März 1933 errangen die SPD und die KPD bei den Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung, ungeachtet des gegen sie gerichteten Nazi-Terrors, zusammen 41,5 Prozent der Stimmen (22 bzw. 19,5 Prozent), während die NSDAP 38,9 Prozent der Stimmen auf sich vereinen und damit die „rote Hochburg“ Neukölln nicht erobern konnte.

Als nach der Befreiung vom Faschismus am 2. Juli 1945 die ersten Truppen der Westalliierten in ihre Sektoren einrückten und die sowjetischen Einheiten ersetzten, übernahmen die britischen, US-amerikanischen und französischen Stadtkommandanten alle bis dahin von der Sowjetischen Militäradministration für Groß-Berlin geltenden Befehle, darunter auch den Befehl Nr. 2 vom 10. Juni 1945, der die Bildung von Parteien gestattete.

Im Neuköllner Ortsteil Buckow-Ost hatte sich bereits am gleichen Tag, also noch unmittelbar vor der offiziellen Konstituierung beider Parteien, ein gemeinsamer Ausschuss von SPD und KPD gebildet.<sup>[2]</sup> In seiner öffentlichen Verlautbarung hieß es, dass Sozialdemokraten und Kommunisten „gemeinsame Versammlungen und Kundgebungen“ durchführen müssten und man sich „von dem Willen“ leiten lasse, „nie wieder eine Spaltung der Arbeiterschaft“ zu gestatten „und jeden, der die Zusammenarbeit (...) hindert, ohne weiteres fallen zu lassen.“<sup>[3]</sup> Beide Arbeiterparteien initiierten ein System von antifaschistischen Hausobleuten, die sich der Normalisierung des Lebens widmeten. Dies bedeutete u.a. die Bergung der Leichen von den Straßen und aus den Trümmern, Hilfeleistungen bei der Verteilung von Lebensmittelkarten, bei der Wiederaufnahme des Nahverkehrs, des Schulunterrichtes und des Gesundheitswesens sowie bei der Ermittlung und Zuteilung des noch nutzbaren Wohnraums. In Neukölln untersagte allerdings bereits am 2. August 1945 Major George F. Pawling die weitere Tätigkeit der Hausvertrauensleute durch einen Kommandanturbefehl.<sup>[4]</sup> Die anderen Kommandanturen in den Westsektoren der Stadt folgten alsbald diesem Beispiel.

Der Wille zur Einheit beider Arbeiterparteien war durchaus verbreitet. Nicht nur in Neukölln, sondern in allen Stadtbezirken Berlins, entstanden gemeinsame Ausschüsse, wurden politische Diskussionen und Schulungsveranstaltungen durchgeführt. Es verdient festgehalten zu werden, dass dies keine spezifische Erscheinung im sowjetischen Sektor darstellte, sondern in allen vier Sektoren praktiziert wurde. Allerdings waren die von Kurt Schumacher mit Unterstützung der westlichen Besatzungsmächte ausgehenden Handlungen, die Zusammenarbeit und erst recht die Schaffung einer Sozialistischen Einheitspartei zu verhindern, auch in Neukölln nicht ohne Wirkungen geblieben.<sup>[5]</sup> So verabschiedete die Kreisdelegiertenkonferenz der SPD am 16. Dezember 1945 „Richtlinien zur Zusammenarbeit mit der KPD“, in denen gemeinsame Listen mit der KPD bei bevorstehenden Wahlen abgelehnt und vor allem die Unterschiede zu den Kommunisten herausgestrichen wurden, während die Gemeinsamkeiten mehr am Rande Erwähnung fanden.<sup>[6]</sup>

Mit der Sechziger-Konferenz vom 20./21. Dezember 1945, als jeweils dreißig Repräsentanten von Sozialdemokratischer und Kommunistischer Partei im Parteihaus der SPD in der Behren-

straße im Stadtbezirk Mitte auf die Bildung einer Sozialistischen Einheitspartei orientierten, bekamen diese Tendenzen eine neue Schubkraft, auch im Stadtbezirk Neukölln.<sup>[7]</sup> So heißt es in einem Bericht der Arbeitsgemeinschaft von SPD und KPD Neukölln vom 16. Februar 1946 u.a.: „Gemeinsame Veranstaltung im Krankenhaus II und Post zwecks Ausarbeitung einer gemeinsamen Erklärung für die Verschmelzung beider Parteien. Im Betrieb Nord-Kabel wird eine neue Betriebsgruppe gebildet, in der gleich von vornherein KPD- und SPD-Kollegen zusammen arbeiten. Am Sonntag, d. 23 d. Ms., findet eine gemeinsame Funktionär-Versammlung...statt, mit dem Ziel, ein Organisations-Komitee zu bilden. Dieses Organisations-Komitee arbeitet ein Programm aus, wann und wo nun die gemeinsamen Funktionär-Sitzungen, Mitgliederversammlungen und Schulungsabende stattfinden sollen.“<sup>[8]</sup>

Auf dieser Funktionärversammlung, zu der jeweils sechzig Sozialdemokraten und Kommunisten eingeladen worden waren, wurde ein sechsköpfiges Organisationskomitee gebildet, dem u.a. die Neuköllner Vorsitzenden der Arbeiterparteien Emil Redmann (KPD) und Richard Günther (SPD) angehörten.<sup>[9]</sup> Am 28. Februar trat es zu seiner ersten Tagung zusammen. Beschlossen wurden die Versendung eines Briefes an alle Parteimitglieder der SPD und KPD, in dem die Argumente für die Schaffung der Sozialistischen Einheitspartei aufgeführt werden sollten. Außerdem wurden Fragen des künftigen Parteistatuts und der Arbeit in den Betrieben besprochen sowie ein Aufruf an die Neuköllner Bevölkerung diskutiert.<sup>[10]</sup>

Nach der Sechziger-Konferenz vom Dezember 1945 erreichten die Berliner Partei-Zentralen der SPD und der KPD zahlreiche Unterschriftenlisten aus Betrieben und Institutionen, in denen Sozialdemokraten, Kommunisten, aber auch Parteilose ihre Zustimmung zur Konstituierung einer Sozialistischen Einheitspartei bekundeten.<sup>[11]</sup> Eine dieser Listen aus Neukölln hatten am 13. Februar 1946 17 Kollegen des Polizeireviers 217 unterzeichnet. Sie vermerkten zumeist, ob sie Mitglieder der SPD oder der KPD bzw. parteilos waren. Zwei weitere Unterschriftenlisten aus Revieren dieses Stadtbezirks finden sich in den Akten. Dies erscheint umso bemerkenswerter, als die gängige Interpretation der Vereinigung in der vorherrschenden Geschichtsschreibung als „Zwangvereinigung“ mit diesem Faktum nicht in Übereinstimmung zu bringen ist. Die Rote Armee konnte schließlich nicht im US-amerikanischen Sektor Neukölln Angehörige der Polizei, Arbeiter und Angestellte „zwingen“, sich mit Namensnennung zugunsten der Schaffung einer Sozialistischen Einheitspartei zu engagieren.

Allerdings zeigte es sich bald, dass diese Aktivitäten in den Westsektoren Berlins von den westalliierten Autoritäten nicht nur mit äußerstem Misstrauen beobachtet wurden, sondern mit zahlreichen repressiven Maßnahmen verhindert werden sollten. Auch in Neukölln wurden dabei verschiedenartige Aktionen der US-Militärbehörden realisiert, um die Bestrebungen zur Bildung einer einheitlichen Arbeiterpartei zu stören, sie letztlich zu torpedieren bzw. nach ihrer Konstituierung möglichst nachhaltig zu schikanieren. Derartige Handlungen wurden in den Wochen und Monaten nach der Vereinigung beider Parteien mit Hochdruck fortgesetzt. Worum handelte es sich?

Es ging um die verzögerte oder nicht erteilte Genehmigung zur Abhaltung von Partei- und öffentlichen Versammlungen. Zugleich wurde Kurt Schumacher und seinen Berliner Parteigängern jede denkbare logistische und publizistische Hilfestellung gewährt. Es wurde ferner der Versuch unternommen, die SED als neu entstandene Partei nicht zuzulassen bzw. ihre Betätigung weitgehend zu unterbinden.<sup>[12]</sup> Es seien nur solche Versammlungen gestattet, die separat von der KPD bzw. ihren ehemaligen Mitgliedern durchgeführt würden. In diesen Versammlungen „sei der Besuch von Gästen nicht gestattet. Es kann jederzeit mit der Möglichkeit einer Kontrolle gerechnet werden.“ Auf die Frage, ob die ehemaligen Mitglieder der SPD, die sich zur SED bekennen, sich ebenfalls separat versammelt dürften, erfolgte die Antwort: „Wenn sie sich lächerlich machen wollen, dann könne sie eine Genehmigung einreichen. Sie müssen sich aber ‚ehemalige‘ oder ‚alte SPD‘ nennen.“ Im Übrigen dürfe bei der Einladung zu derartigen Zusammenkünften „nicht Stellung genommen werden zur Frage der Einheit der Arbeiterparteien und der Einheitspartei selbst“.

Etwa vier Wochen nach dieser Zusammenkunft in Zehlendorf, zwei Wochen nach dem Vereinigungsparteitag am 21./22. April 1946, wurde die von dem hier zitierten Oberst avisierte Praxis der US-amerikanischen Besatzungsbehörden schriftlich fixiert. Vorausgegangen war offenbar ein Gespräch mit den KPD-Verantwortlichen der Stadtbezirke des amerikanischen Sektors, das

wohl mehr eine Befehlsausgabe durch die US-Autoritäten darstellte. In dem betreffenden Schreiben heißt es u.a., dass die KPD, solange die Sozialistische Einheitspartei noch nicht genehmigt worden sei, nur unter folgenden Voraussetzungen Versammlungen einberufen dürfe: Bitten zur Genehmigung von Versammlungen müssten „den Zweck und den Grund der Versammlung, die Zeit und den Ort der Versammlung, die Namen der Redner, sowie deren Themen enthalten“. Und weiter: „In dem Ansuchen ist besonders anzuführen, dass keine die SED oder das Verhältnis zur SPD betreffenden Angelegenheiten in der Versammlung zur Sprache gebracht werden. Das Ansinnen muss persönlich...beim Büro der Militär-Regierung,...Steglitz, Grunewaldstraße 35 abgegeben werden und zwar nicht von einem Boten, sondern von einem Parteivertreter, der für die Versammlung verantwortlich ist. Dem Ansuchen muss die Übereinstimmung des Verwaltungsbezirks-Kommandantur-Verbindungsoffiziers beigelegt sein, der wiederum die Regeln der vorherigen Übereinstimmung des Verwaltungsbezirks-Bürgermeisters und der städtischen Polizeibehörden und/oder anderer zuständiger Stellen zu Grunde legen kann. Es wird empfohlen, dass das Ansuchen mindestens 5 Tage vor dem geplanten Tage unserem Büro zugeht. Louis Glaser, Oberstleutnant Civil Administration Branch, Chief of Branch.“[\[13\]](#)

Auch vor gewaltsamen Aktionen wurde nicht zurückgeschreckt. Am 4. Mai 1946 ereignete sich im ehemaligen Kreisbüro der SPD in Neukölln folgender Vorfall: Es erschienen „zwei Schumacher-Leute und forderten den Kreisleiter Günther (er war Mitglied der SED geworden-R.Z.) auf, ihnen das Kreisbüro mit allem Inventar zu übergeben. Günther weigerte sich, diesem Verlangen nachzugeben und erklärte, er werde das Kreisbüro erst dann übergeben, wenn er im Besitz eines schriftlichen Befehls der amerikanischen Besatzungsbehörde sei. (...) Etwa eine Stunde später erschien ein Kommando der amerikanischen Militärpolizei, bewaffnet mit Maschinenpistolen, ... und erklärten Günther für verhaftet.“[\[14\]](#) Es stellt wohl keine Übertreibung dar, diese Anordnungen der US-Militärregierung als einen Versuch zu werten, die soeben entstandene SED in ihrem Berliner Sektor politisch auszugrenzen.

In Neukölln gelang es jedoch nicht, die Befürworter der Einheit innerhalb der Sozialdemokratischen Partei mundtot zu machen, zumal die beiden Vorsitzenden, Richard Günther und Hellmut Bock, aktiv in Wort und Schrift für die Schaffung der SED eintraten.[\[15\]](#) Auch die „Urabstimmung“ zur Vereinigung, die am 31. März 1946 durchgeführt wurde, erbrachte für die Anhänger Schumachers in Neukölln nicht die von ihren Initiatoren erwünschten klaren Ergebnisse. Zunächst waren mehr als 37,2 Prozent der Genossen der Empfehlung des Zentralausschusses der SPD gefolgt, der Abstimmung fern zu bleiben. 755 Mitglieder stimmten für die sofortige Vereinigung und 2.853 dagegen, aber immerhin votierten 2.465 Abstimmende für „ein Bündnis beider Parteien, welches gemeinsame Arbeit sichert und den Bruderkampf ausschließt“, während dagegen lediglich 691 Sozialdemokraten stimmten.

Ende der vierziger Jahre wurden von den Gegnern der SED „harte Bandagen“ angezogen: SED-Mitglieder wurden aus dem öffentlichen Dienst, aber auch aus Betrieben entlassen. Dies geschah mit Hilfe der neu entstandenen „Unabhängigen Gewerkschafts-Organisation“ (UGO) und der anderen, antikommunistisch ausgerichteten Parteien, die im beginnenden Kalten Krieg die Sozialistische Einheitspartei und ihre Aktivitäten de facto politisch zu illegalisieren versuchten.

Die Maßnahmen der westalliierten Militärbehörden in Berlin, in ihren Sektoren jegliche gemeinsamen Aktionen der beiden Arbeiterparteien, erst recht ihren Zusammenschluss zu einer Einheitspartei zu unterbinden, harren der Erforschung. Zwar liegen hierzu einige Veröffentlichungen vor[\[16\]](#), die einen ersten Eindruck zu dieser Thematik vermitteln. Eine systematische Behandlung der Maßnahmen, die eine „Zwangsvorhinderung“ der Schaffung einer Sozialistischen Einheitspartei beinhalten, und die auch die in den Jahren nach 1946 folgenden Repressalien gegen Mitglieder und Sympathisanten der Partei untersuchen würde, eingebettet in die Vorgeschichte und in die Anfänge des Kalten Krieges, existiert leider nicht. Mehrere Bestände im Landesarchiv Berlin, darunter auch Unterlagen der britischen und US-amerikanischen Militärregierung, könnten hierzu interessante Erkenntnisse ans Licht fördern und zur Entmythologisierung eines politisch umstrittenen Kapitels der Geschichte Berlins und des Kalten Krieges beitragen, das gemeinhin unter der Überschrift „Zwangvereinigung“ abgehandelt wird.



## Anmerkungen

- [1] Der Tagesspiegel, 22.4.2016, S.8; Der Tagesspiegel, 23.4.2016, S.18.
- [2] Die Parteiorganisation der KPD war bereits am 7. Juli 1945 gegründet worden. Siehe Bruno Kuster u. Reiner Zilkenat: Hitlerfaschismus geschlagen – Die KPD lebt und kämpft! Aus dem Kampf der Berliner Kommunisten 1945, Westberlin 1985, S.215f.
- [3] Landesarchiv Berlin (im Folgenden: LAB), C Rep. 900-03 Nr.6, unfol.
- [4] Ebenda, C Rep. 900-01 Nr.83, unfol.
- [5] Siehe Ulla Plener: Der feindliche Bruder: Kurt Schumacher. Intentionen – Politik – Ergebnisse 1921 bis 1952. Zum Verhältnis von Sozialdemokraten und anderen Linken aus historischer und aktueller Sicht, Berlin 2003, S.106ff., bes. 118ff.
- [6] Siehe Norbert Podewin u. Manfred Teresiak: „Brüder, in eins nun die Hände...!“ Das Für und Wider um die Einheitspartei in Berlin, Berlin 1996, S.279f.
- [7] Siehe hierzu: Einheitsdrang oder Zwangsvereinigung? Die Sechziger-Konferenzen von KPD und SPD 1945 und 1946. Mit einer Einführung von Hans-Joachim Krusch u. Andreas Malycha, Berlin 1990 u. Günter Benser: Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität. Bd. 4: Neubeginn ohne letzte Konsequenz (1945/46), Berlin 2009, S.193ff.
- [8] LAB, C Rep. 900-03 Nr.6, unfol.
- [9] Ebenda. Bericht der Verwaltungsbezirksleitung Neukölln der KPD an die Bezirksleitung Groß-Berlin vom 25.2.1946.
- [10] Ebenda, Bericht der Verwaltungsbezirksleitung der KPD an die Bezirksleitung Groß-Berlin vom 1.3.1946.
- [11] Zahlreiche Resolutionen, auch aus Neukölln, finden sich in: LAB, C Rep. 900-01 Nr.12.
- [12] Siehe u.a. LAB, C Rep. 900-03 Nr.6, unfol., den Bericht des ehemaligen KPD- und SED-Funktionärs Netzeband über ein Treffen der Vertreter aller Parteien im US-amerikanischen Sektor mit einem namentlich nicht genannten Oberst der US Army: Bericht über den Verlauf einer Zusammenkunft in der amerikanischen Kommandantur. Unterschrift: Netzeband, undatiert (voraussichtlich Ende April 1946), 2 S.
- [13] LAB, C Rep. 901 Nr. 428, unfol.
- [14] Ebenda, unfol.
- [15] Siehe z.B. Hellmut Bock; Konzentration der Kräfte, in: Tägliche Rundschau, 27.2.1946; Richard Günther: Neukölln und die Vereinigung, in: LAB, C Rep. 901-01 Nr. 082; Neues Deutschland, 29.3.1996, S.3.
- [16] Siehe Siegfried Thomas: Entscheidung in Berlin. Zur Entstehungsgeschichte der SED in der deutschen Hauptstadt 1945/46, Berlin-DDR 1964; Bruno Kuster u. Reiner Zilkenat: Hitlerfaschismus geschlagen – Die KPD lebt und kämpft! Aus dem Kampf der Berliner Kommunisten 1945, Westberlin 1985; Reiner Zilkenat: „Brüder, in eins nun die Hände!“ Die Auseinandersetzungen um die Schaffung der SED, in: Konsequenz, Heft 2/1986, S.107ff.; Beiträge zur Berliner Geschichte des Arbeitskreises Geschichte bei der DKP Neukölln, Heft 5, Berlin 2011; Reiner Zilkenat: Vereinigung ohne Zwang – zur Konstituierung der SED im Berliner Stadtbezirk Neukölln 1945/46, in: Rainer Holze u. Siegfried Prokop, Hrsg.: Basisdemokratie und Arbeiterbewegung. Günter Benser zum 80. Geburtstag, Berlin 2012, S.150ff.

Prof. Dr. Anton Latzo

## **Zu den Bedingungen und zur Rolle der Schaffung der Einheit der Arbeiterbewegung in Ost- und Südosteuropa 1944/45 bis 1948**

### I. Einordnung

Ich sehe die Prozesse in Ost- und Südosteuropa als Bestandteil der während und unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg stattgefundenen nationalen und demokratischen Befreiungsbewegung der Völker ganz Europas.

Zweitens, sehe ich sie als Bestandteil eines einheitlichen revolutionären Prozesses, der mit dem Befreiungskampf gegen den Faschismus einen wichtigen Schnittpunkt erreicht hat.

Schließlich besteht ein wichtiger Unterschied zwischen dem Verlauf der revolutionären Prozesse in den Ländern Ost- und Westeuropas darin, dass die sozialen und nationalen Faktoren ein unterschiedliches Gewicht hatten.

### II. Allgemeine Charakterisierung der Lage

Mit dem zweiten Weltkrieg haben sich die ökonomischen Widersprüche des Kapitalismus in den Ländern und weltweit sowie die politischen Widersprüche zwischen den Staaten Ost- und Südosteuropas und den imperialistischen Staaten weiter verschärft. Der Antimperialismus war zu einem wichtigen Charakterzug der Zeit geworden.

Erstmals in der Geschichte existierte auch eine sozialistische Großmacht, die Sowjetunion, deren Ausstrahlungskraft auf die antiimperialistischen Kräfte mit den Siegen der Roten Armee spürbar anwuchs.

Der soziale Konflikt zwischen den sich entwickelnden Produktivkräften und den Überresten kapitalistisch-gutsherrschaftlicher Regimes sowohl in der wirtschaftlichen als auch in der politischen Struktur der Gesellschaft, zugespitzt durch ihren nationalen Verrat in ihrer Haltung gegenüber dem Faschismus, hatte sich vertieft.

In der Mehrheit der Länder Ost- und Südosteuropas wurde bis zum zweiten Weltkrieg ein solches kapitalistisches Entwicklungsniveau erreicht, das den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Bourgeoisie und Proletariat, zum Grundwiderspruch der Gesellschaft werden ließ. Das Entwicklungsniveau des Kapitalismus zwischen diesen Staaten und zwischen den Regionen in den einzelnen Staaten war sehr differenziert. Die Tschechoslowakei war z.B. ein entwickeltes kapitalistisches Land. In Albanien waren die kapitalistischen Klassenverhältnisse noch wenig entwickelt und das Industrieproletariat befand sich erst im Formierungsprozess.

Die ökonomischen und politischen Bedingungen bis 1945, besonders die Besetzung und Ausbeutung durch den Faschismus, stellten selbst Hindernisse für die weitere (kapitalistische) Entwicklung der einzelnen Länder auf.

Der Kampf gegen die Besetzer verwebte sich mit dem Kampf gegen die rückständigen gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse. Dieser Kampf war zur Grundlage für den sich verbreiternden Kampf des Volkes gegen das Bündnis von Kapital und Großgrundbesitz geworden. Zeitlich erstreckt sich diese Periode vom Vorabend des zweiten Weltkrieges bis 1947/1948.

Der im antifaschistischen Widerstands- und nationalen Befreiungskampf herangereiften volksdemokratischen Revolution war objektiv die Aufgabe gestellt, im engen Bündnis mit der Sowjetarmee das Land von den faschistischen Besatzern zu befreien und den Krieg durch die völlige Zerschlagung des faschistischen deutschen Imperialismus zu beenden. Es galt, die Gesellschaft konsequent zu demokratisieren. Dazu war es notwendig, den sozialen Träger des Faschismus, die imperialistische Großbourgeoisie, sowie seine soziale Hauptstütze auf dem Lande, die Großagrarier, politisch und ökonomisch zu entmachten.

Das bedeutete zugleich den Nachvollzug historisch längst fälliger Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Revolution, besonders die Aufteilung des Bodens der Großgrundbesitzer an die Bauern und die Abschaffung der Reste feudaler Ausbeutungsformen.

In mehreren Ländern stand auch die Lösung der nationalen bzw. Nationalitätenfrage auf der Tagesordnung, so vor allem in Jugoslawien, in der Tschechoslowakei und in Rumänien.

Unter den Bedingungen des Imperialismus und dem konkreten Verlauf der nationalen und internationalen Auseinandersetzungen hat sich also die historische Stelle und die soziale Rolle der bürgerlich-demokratischen Revolution weiter verändert.

Gesellschaftlicher Fortschritt, der die Entstehung einer neuen Katastrophe, die die Ausmaße des zweiten Weltkrieges übertrifft, verhindert, konnte nicht mehr unter Führung der Bourgeoisie erreicht werden.

Unter den neuen Bedingungen des Imperialismus, des nationalen Befreiungskampfes und des verschärften sozialen Konflikts zwischen Arbeit und Kapital ist die fortschrittliche Gestaltung der Gesellschaft nur auf der Grundlage der Verwirklichung der Rolle der Arbeiterklasse, der einzig revolutionären Klasse möglich und zu einem wichtigen Kettenglied im Kampf um den Sozialismus geworden.

Sowohl die historische Entwicklung als auch die nationalen und internationalen Bedingungen nach dem Sieg über den Faschismus weisen darauf hin, dass die Herstellung einer einheitlichen Partei der Arbeiterklasse eine entscheidende Voraussetzung für eine erfolgreiche Inangriffnahme und Durchführung der progressiven Umgestaltung der Gesellschaft war.

## Nationale Bedingungen

Der Sieg über den Faschismus und der Sieg des antifaschistischen Befreiungskampfes der Völker schuf günstige Bedingungen für eine wirkliche Wende in der Geschichte der Völker Ost- und Südosteuropas.

Noch nie in der Geschichte hatte eine überlebte Gesellschaftsklasse so verheerend demonstriert, dass sie unfähig war, die jeweilige Nation zu führen.

Die objektive und subjektive Lage der Klassen und Schichten bot folgendes Bild:

Bourgeoisie und Großgrundbesitzer in den befreiten Länder befanden sich ökonomisch, politisch und ideologisch in der tiefsten Krise ihrer Geschichte.

Die militärische Niederlage der Herrschenden hatte zunächst noch nichts an den grundlegenden Eigentumsverhältnissen geändert. Von den verbliebenen ökonomischen Positionen ging die Gefahr eines Wiedererstehens der besiegten Machtverhältnisse aus.

Die *Arbeiterklasse* war in den einzelnen Länder qualitativ und quantitativ recht unterschiedlich entwickelt. (Unterschied von Tschechoslowakei bis Albanien) Der allgemein noch niedrige Entwicklungsstand der Produktivkräfte, die noch unterschiedliche industrielle Entwicklung der einzelnen Länder und der Regionen in den Ländern hatten auch das klassenmäßige Bewusstsein und den ideologischen Stand der Arbeiterklasse geprägt. In der Regel bestand in allen diesen Ländern eine historisch junge Arbeiterklasse, die Erfahrungen im Klassenkampf in einige industrialisierten Zentren sammeln konnte. In der Fläche der Länder war sie noch von den kleinbürgerlichen Verhaltensweisen ihrer Herkunft geprägt. Eine Ausnahme machte die Arbeiterklasse der Tschechoslowakei, einem hoch industrialisierten Land in Mitteleuropa.

Ein anderer Aspekt war das stark ausgeprägte nationale Denken. Alle diese Länder haben eigentlich erst mit der Befreiung vom Faschismus erstmalig auch die Befreiung von der Unterdrückung durch ausländische Mächte erlebt. Die meisten dieser Länder wurden erst zum Ende des 19. Jahrhunderts als selbständige Staaten anerkannt. Es waren nicht nur Länder, in denen die bürgerlich-demokratische Revolution bis dahin nie verwirklicht werden konnte. Sie waren Objekt der Teilung ihres Territoriums durch die Großmächte. Ihr Kampf um Befreiung beruhte auf dem nationalen Denken. Der soziale Befreiungskampf spielte in diesem Vergleich eine geringere Rolle.

In den meisten dieser Länder bildete die Bauernschaft den größten Teil der Bevölkerung. Für die meisten von ihnen war sozusagen der Holzpflug das wichtigste Produktionsinstrument. Auf ihr lastete der Druck der Großgrundbesitzer und der Industrie und Banken. Die Masse der Bauern gehörte zu den Ärmsten der Armen. Diese materiellen Verhältnisse bestimmten auch ihr kulturelles und ideologisches Niveau. Sie lebte und arbeitete im Geist des Untertanen.

Zwischen Arbeitern, Bauern, Teilen der Mittelschichten gab es zwar das Band des nationalen Kampfes um Unabhängigkeit. Das bedeutet aber nicht, dass dadurch die Widersprüche zwischen diesen Klassen und Schichten aufgehoben waren, die sich aus den Produktionsverhältnissen ergaben.

Bei der Bearbeitung dieser Fragen lohnt es – auch unter heutigen Gesichtspunkten –, sich Lenins „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“ nochmals anzusehen. Darin brachte er zum Ausdruck, dass der Grad der ökonomischen Entwicklung (objektive Bedingung) und der Grad des Klassenbewusstseins und der Organisiertheit der Arbeiterklasse eine *unvorbereitete* sozialistische Revolution nicht zulassen. Denn: „Wir sind doch alle überzeugt, dass die Befreiung der Arbeiter nur das Werk der Arbeiter selbst sein kann. Ohne Klassenbewusstsein und ohne Organisiertheit der Massen, ohne ihre Schulung und Erziehung durch den offenen Klassenkampf gegen die gesamte Bourgeoisie kann von der sozialistischen Revolution keine Rede sein. Und als Antwort auf die anarchistischen Einwände, dass wir angeblich die sozialistische Umwälzung hinausschieben, werden wir sagen: Wir schieben sie nicht hinaus, sondern machen den ersten Schritt zu ihr auf die einzig mögliche Weise und auf dem einzig richtigen Wege, nämlich auf dem Wege der demokratischen Republik. Wer auf einem anderen Weg als dem des politischen Demokratismus zum Sozialismus kommen will, der gelangt unvermeidlich zu Schlussfolgerungen, die sowohl im ökonomischen als auch im politischen Sinne absurd und reaktionär sind.“ (W.I. Lenin, Werke, Bd. 9, Berlin 1957. S. 15)

Beim Fehlen entsprechender subjektiver und objektiver Bedingungen für eine sofortige sozialistische Revolution ist deshalb die Vollendung der bürgerlich - demokratischen Revolution „für das Proletariat im höchsten Grade vorteilhaft. ... Je vollständiger und entschiedener, je konsequenter die bürgerliche sein wird, desto gesicherter wird der Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie für den Sozialismus sein.“ (a.a.O., S. 37)

Lenin wies zugleich darauf hin, wenn unter derartigen Bedingungen die bürgerlich-demokratische Revolution nicht übersprungen werden kann, so kann und muss andererseits „der bürgerlich – demokratische Rahmen“ dieser Revolution gewaltig erweitert werden. „... können und müssen innerhalb dieses Rahmens für die Interessen des Proletariats, für seine unmittelbaren Bedürfnisse und für solche Bedingungen kämpfen, die es ermöglichen, seine Kräfte für den künftigen vollen Sieg vorzubereiten.“ (a.a.O., S. 39)

Und gerade darin sahen die Kommunisten damals die Aufgabe ihres Kampfes in den Jahren bis 1947/48. „Als Vertreter der fortgeschrittensten und einzigen revolutionären Klasse, die keine Zweifel hat und nicht nach rückwärts blickt, müssen wir Aufgaben der demokratischen Umwälzung vor dem ganzen Volke so breit, so kühn und mit soviel Initiative wie nur möglich stellen.“ (a.a.O., S. 102)

## Internationale Bedingungen

Die internationalen Bedingungen, die sich während und besonders nach dem zweiten Weltkrieg herausgebildet haben, haben die Tätigkeit der Kommunistischen Parteien und der anderen revolutionären Kräfte positiv beeinflusst.

Ein entscheidender Faktor war der Sieg der Sowjetunion und ihrer Verbündeten über den Faschismus. Dieser Sieg und die dadurch bewirkte Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses schuf günstige Voraussetzungen für die Entwicklung demokratischer Forderungen im nationalen und internationalen Rahmen.

Dabei erfüllte die Anwesenheit der sowjetischen Truppen in den von der UdSSR befreiten Ländern, neben den Besatzungsaufgaben, auch die Funktion des Schutzes gegen die Handlungen

der internationalen Reaktion zur Mobilisierung und Organisierung der inneren reaktionären Klassen und Kräfte gegen demokratische Umgestaltungen.

Zu den Ergebnissen des zweiten Weltkrieges, die einen positiven Rahmen für demokratische Umgestaltungen in den Ländern schufen, gehören unbedingt die Festlegungen des Potsdamer Abkommens und der Friedensverträge der Alliierten mit den am Krieg an der Seite Hitlerdeutschlands teilnehmenden ost- und südosteuropäischen Staaten. Mit Polen und der Tschechoslowakei schloss die Sowjetunion schon sehr früh Verträge über Freundschaft und Zusammenarbeit.

Die Strategie der volksdemokratischen Revolution wurde von den kommunistischen Parteien im europaweiten antifaschistischen und nationalen Befreiungskampf entwickelt. Sie ließen sich von der marxistisch-leninistischen Revolutionstheorie und von den Erfahrungen und Erkenntnissen leiten, die in der Kommunistischen Internationale kollektiv und unter Verwertung der neuesten Erkenntnisse der Parteien im Kampf zur Lösung der gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Widersprüche unter den Bedingungen des Imperialismus und im antifaschistischen Kampf erarbeitet wurden.

Eine besondere Rolle spielten die Beschlüsse des VII. Kongresses der Komintern sowie die nachfolgenden, präzisierenden Orientierungen des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, die den theoretischen und politischen Reifeprozess der kommunistischen Bewegung widerspiegelten.

Der Hauptstoß richtete sich gegen die faschistischen Besatzer und die einheimischen Träger des Faschismus, gegen das einheimische Monopolkapital und seine politischen und militärischen Werkzeuge.

Mit der fortschreitenden und brutaler werdenden Unterdrückung durch den deutschen faschistischen Imperialismus wuchs das nationale Moment im Widerstandskampf, in dem sich von Anfang an die nationale und soziale Komponente eng verflochten.

Das Exekutivkomitee der KI entwickelten die strategisch-taktische Konzeption der antifaschistischen *Volksfront*, die auf den Zusammenschluss der Werktätigen um die Arbeiterklasse orientierte, zur Konzeption der *Nationalen Front* weiter.

Sie entsprach der Erkenntnis, dass die soziale Basis der potenziellen Bündnispartner des Proletariats bis in die nicht faschistische mittlere Bourgeoisie hineinreichte.

Daraus schlussfolgerten die Kommunisten für ihre Bündnispolitik, dass alle nicht faschistischen Kräfte für den Kampf gegen den Faschismus zu gewinnen sind.

In der Geschichte des politischen Kampfes des Proletariats wurde damit eine, konzeptionell wie auch vielfach praktisch, bis dahin nicht gekannte soziale Basis der Bündnisfront erreicht.

Um so notwendiger die einheitliche, auf der Grundlage der marxistisch-leninistischen Wissenschaft führende Partei der Arbeiterklasse.

Das Ziel war die nationale Befreiung und der Sturz des Faschismus, die Errichtung einer antifaschistisch-, antiimperialistisch-demokratischen Macht.

Ihr revolutionärer Charakter und ihre strategische Aufgabe, als Form des Herankommens und des Übergehens zur sozialistischen Umwälzung zu dienen, fand im Begriff „Volksdemokratie“ in mehreren Programmen nationaler Befreiungsfronten seinen Ausdruck.

Im Prozess der sozialen Vertiefung der Revolution sollte die im antifaschistischen Befreiungskampf erreichte Bündnisbreite soweit wie möglich erhalten bleiben.

## Programme und Aktionen

In diesem Sinne wurden von den einzelnen Parteien Programme erarbeitet und Aktionen ausgelöst, die ihren Kampf und ihre Ziele erkennbar machten. Das waren antifaschistisch-demokratische Programme zur nationalen Befreiung. Die volksdemokratische Revolution erwuchs aus dem antifaschistischen Widerstandskampf und aus dem nationalen Befreiungskampf.

Mit der Zerschlagung der faschistischen deutschen Wehrmacht sowie der Repressivorgane und Organisationen der Reaktion hat die Rote Armee in den von ihr befreiten Ländern bereits weitgehend eine der Grundaufgaben der Arbeiterklasse im ersten Abschnitt der volksdemokratischen Revolution gelöst. Dies erleichterte den revolutionären, antifaschistischen und demokratischen Kräften ihre Programme durchzuführen.

Diese wurden auf der Grundlage der Erkenntnisse in der Komintern von den Parteien zumeist im Jahre 1943 erarbeitet.

Die Polnische Arbeiterpartei veröffentlichte im November 1943 ihre Programmatische Deklaration „Wofür kämpfen wir?“, auf deren Grundlage in der Neujahrsnacht 1943/44 der „Landesnationalrat“ als revolutionäres Zentrum für den Kampf um die Hegemonie in der Widerstandsbewegung gegründet wurde.

In der Tschechoslowakei wurde auf Initiative der KPC im Herbst 1941 der Nationale Revolutionäre Zentralausschuss als Zentrum zur Leitung des Befreiungskampfes gebildet. Danach entstanden die ersten Partisanenabteilungen und die Nationalausschüsse als Führungsorgane des Widerstandskampfes. Ein Höhepunkt war der Slowakische Nationalaufstand, der am 29.8.1944 begann. Bereits im April 1945 wurde in Kosice auf der Grundlage des Kosicer Programms der KPC die Regierung der Nationalen Front der Tschechen und Slowaken gebildet.

In Rumänien kommt es im Juni 1943 zur Bildung der Antifaschistischen Vaterländischen Front auf der Grundlage des Aufrufs der RKP zum Kampf gegen Faschismus und Krieg von 1941.

In Bulgarien erfolgt am 12.7.1942 die Bekanntgabe des 1. Programms der Vaterländischen Front.

Am 12. Juli 1941 veröffentlicht das ZK der KP Jugoslawiens den Aufruf zum bewaffneten Aufstand, der zum Volksbefreiungskrieg der Völker Jugoslawiens führte.

In Albanien entstand am 8.11.1941 in der Illegalität durch Vereinigung mehrerer kommunistischer Gruppen die Kommunistische Partei Albaniens, die bei ihrer Gründung 130 Mitglieder zählte. Innerhalb eines Jahres kam es zur Bildung der Nationalen Befreiungsfront.

Die Kommunistischen Parteien der ost- und südosteuropäischen Länder haben einen eigenen Beitrag zum Kampf gegen den Faschismus und für die nationale Befreiung ihrer Länder geleistet. Sie handelten auf der Grundlage der von ihnen ausgearbeiteten antifaschistisch-demokratische Programme zur nationalen Befreiung der Länder von der deutschen Besetzung, die gleichzeitig sozial auf die Schaffung eines Staates ohne Gutsbesitzer und Großkapitalisten orientierten.

Die Qualität der Hegemonie der Arbeiterklasse wurde dadurch bestimmt, dass sie in der Massenbewegung errungen *und* – auf dieser Grundlage - später in den staatlichen revolutionär-demokratischen Machtorganen gesichert und ausgebaut wurde.

Das erfolgte in den 1943 bis 1945 geschaffenen Regierungen der Nationalen oder Vaterländischen Fronten mit ihren revolutionären Organen auf mittlerer und unterer Ebene sowie in den bewaffneten Formationen. In den meisten Ländern trug diese Staatsmacht einen revolutionär-demokratischen Charakter unter Hegemonie der Arbeiterklasse. An der Machtausübung waren auch Vertreter des Kleinbürgertums und andere nicht faschistische Kräfte der mittleren Bourgeoisie beteiligt.

Die entscheidenden Machtpositionen hatten aber die Vertreter der Interessen der Arbeiterklasse.

Die Arbeiterklasse vermochte es, von da an mit ihren Verbündeten die Hauptrichtung der kontinuierlichen Revolutionsentwicklung zu bestimmen. Sie hatte dafür eine recht breite Basis für ihre Bündnispolitik. Die Hegemonie der Arbeiterklasse wurde unter der Führung der marxistisch-leninistischen Parteien gesichert. Deren Anerkennung in der Gesellschaft hatte ein solides Fundament. Revolutionär-demokratische Maßnahmen wie die Bodenreform, die durchgehende Arbeiterkontrolle und die Konfiskation bzw. Nationalisierung der Monopole, der Banken und der Grundstoff- sowie Schlüsselindustrie waren tiefgehende sozialökonomische Umwälzungen,

die nach der politischen nun zur ökonomischen Entmachtung der Großbourgeoisie und der Großagrarien führten.

Im Jahre 1946 war – mit Unterschieden in den einzelnen Ländern - so der Widerspruch zwischen dem Faschismus und der Mehrheit der Nation gelöst. Der Widerspruch zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie trat mehr und mehr in den Mittelpunkt und bestimmte in wachsendem Maße den Verlauf der Revolution.

Schon seit der zweiten Hälfte des Jahres 1945 widersetzte sich die Bourgeoisie, darunter auch jene Fraktion, die Partner im volksdemokratischen Regierungsbündnis war, der Verwirklichung der Regierungsprogramme. In hohem Maße stimuliert wurde dieser Vorgang durch die Abwendung der imperialistischen Mächte von den Vereinbarungen der Antihitlerkoalition und den zunehmenden Antikommunismus.

Die kommunistischen Parteien verfolgten den strategischen Kurs, in einem sozial möglichst breiten Bündnis den revolutionären Prozess weiter zu führen. Es galt den Organisations-, Bewusstseinsgrad und den Grad der Mobilisierung der Arbeiterklasse sowie den Einfluss auf die anderen Werktätigen zu erhöhen, und in diesem Zusammenhang, die politischen und ideologischen Voraussetzungen für die neue Etappe revolutionärer Umwälzungen in Richtung Sozialismus zu schaffen.

In diesem Zeitabschnitt kam es mehr und mehr zu einer Umgruppierung der Klassenkräfte. Die rechten Flügel der bürgerlichen bzw. kleinbürgerlichen Parteien der nationalen Fronten stellten sich gegen das Bündnis mit der Arbeiterklasse und gegen die Hegemonie der Arbeiterklasse. Es entbrannte erneut der Kampf um die Massen und rechte Sozialdemokraten, Reformisten verschiedenster Schattierung sahen ihre Chance. Anfang 1947 spitzt sich in den Volksdemokratien der Klassenkampf um die Frage „wer – wen?“ sichtbar zu.

Dennoch waren solche Ereignisse wie der Sieg des demokratischen Blocks in den Sejmwahlen vom Januar 1947 in Polen, die Niederlage der reaktionären Parteien in den Augustwahlen 1947 in Ungarn, der Ausschluss der Nationalliberalen aus der Regierung sowie die Abdankung des Königs und die Ausrufung der Volksrepublik in Rumänien im November/Dezember 1947, der Sieg der Arbeiterklasse in der Tschechoslowakei über den konterrevolutionären Putschversuch im Februar 1948 markante historische Einschnitte, in denen sich die Veränderungen im Klassenwesen der volksdemokratischen Macht konkret niederschlugen.

Ein weiterer Schritt zur Schaffung einer neuen Qualität in der politischen und organisatorischen Einheit der Arbeiterklasse war objektiv notwendig geworden. Sie vollzog sich bis Ende 1948 nicht nur durch den Beitritt revolutionärer Sozialdemokraten in die Kommunistische Partei, sondern in mehreren Ländern durch den Zusammenschluss der sozialdemokratischen Parteien, in denen die klassenbewussten Kräfte sich durchgesetzt haben, mit den kommunistischen Parteien.

So kam es zur Vereinigung der Polnischen Arbeiterpartei mit der PSP zur Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (21.12.1948), zur Vereinigung der KPC mit der SPC unter Beibehaltung der Bezeichnung KPC (27.06.1948), zur Vereinigung der KP Ungarns mit der Ungarischen Sozialdemokratischen Partei zur Partei der Werktätigen Ungarns (12.06.48), zur Vereinigung der Kommunisten mit den Sozialdemokraten in Rumänien (27.02.48) und zum gleichen Vorgang in Bulgarien (18.08.48). Am 21.11.1948 beschloss der I. Parteitag der KP Albanien die Umbenennung in Partei der Arbeit Albanien.

In den Jahren 1947/1948 festigten die europäischen volksdemokratischen Staaten ihre gegenseitigen Beziehungen durch eine Reihe zweiseitiger Verträge und gingen zur engeren ökonomischen Zusammenarbeit über.

Eine erste Bilanz der Tätigkeit der Kommunisten in dieser Zeit zog Georgi Dimitroff auf dem V. Parteitag der BKP im Jahre 1948: „Der volksdemokratische Staat ist ein Staat der Übergangsperiode, er ist dazu berufen, die Entwicklung auf dem Wege zum Sozialismus zu sichern.“ (Georgi Dimitroff, Ausgewählte Schriften, Bd. 3, Berlin 1958, S.597)

Die marxistisch-leninistische Theorie wurde durch neue Erfahrungen und Erkenntnisse bereichert. Dies erfolgte besonders in Hinsicht auf die Bündnispolitik, die Verbindung von nationa-

lem und sozialem Kampf, das Hinüberleiten der demokratischen in die sozialistische Revolution, die Errichtung der Macht der Arbeiterklasse in spezifischen, den nationalen Besonderheiten entsprechenden Formen.

Schon damals bekräftigte der Verlauf der Klassenauseinandersetzung die marxistisch-leninistische Erkenntnis, dass die revolutionär-demokratische Macht der Arbeiter und Bauern ihre Funktion nur erfüllen kann, wenn die Arbeiterklasse zur Verwirklichung ihrer objektiven Rolle über eine „selbständige, streng auf dem Klassenprinzip aufgebaute Partei“ verfügt (W.I.Lenin, Werke, Bd. 9 S.75), die „keinen Augenblick lang die Ziele der vollständigen sozialistischen Umwälzung aus dem Auge“ verliert und ein „Aufgehen“ der Arbeiterklasse in der bürgerlichen Demokratie verhindert.



## Veranstaltungen des Marxistischen Arbeitskreises, Mai bis Ende 2016

- Donnerstag, 12. Mai      Der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt vom 23. August 1939 im Meinungsstreit in der Sowjetunion und im heutigen Russland.  
Einführung: Prof. Dr. Horst Schützler
- Donnerstag, 23. Juni      Krisenkapitalismus und die Strategie der Linken.  
Einführung: Prof. Dr. Ekkehard Lieberam
- Donnerstag, 8. September      Die polnische Krise im Herbst 1956.  
Einführung: Prof. Dr. Eckart Mehls
- Donnerstag, 6. Oktober      Trotzismus – gestern und heute.  
Einführung: Prof. Dr. Herbert Meißner

### **Sonnabend, Konferenz: 19. November „Europa“ und die revolutionäre Arbeiterbewegung.**

Vorträge:

*Prof. Dr. Heinz Karl* (Berlin)

„Europa“ in der Sicht der revolutionären Arbeiterbewegung (vom Anfang des 20. Jahrhunderts bis zum Zweiten Weltkrieg).

*Dr. Andreas Wehr* (Berlin)

Geschichte und Wirklichkeit der EU.

Dazu laden gemeinsam der Marxistische Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE, die Geschichtskommission beim Parteivorstand der DKP, die Marx-Engels-Stiftung e.V. Wuppertal und die Redaktion *junge Welt*, Berlin, ein.

Die Konferenz tagt von 11.00 bis 17.00 Uhr.

Tagungsort: Berlin-Lichtenberg, Begegnungsstätte *Undine*, Hagenstr. 57  
(Nähe Regional-, S- und U-Bahnhof Berlin-Lichtenberg)

Für die Vorträge stehen jeweils 40 Minuten zur Verfügung,  
für Diskussionsbeiträge in der Regel 10 Minuten.

Die **Donnerstag-Veranstaltungen** beginnen jeweils um **16.00** Uhr. Sie finden im *Bildungsverein am Kreuzpfuhl, Berlin-Weißensee, Pistoriusstr. 24* (am Pistoriusplatz) statt. (Straßenbahn M 4, 12, M 13 bis Albertinenstraße oder Antonplatz, Bus 158 und 255 bis Woelckpromenade)

### **Kontaktadressen:**

Dr. Siegfried Ittershagen, Philipp-Jacob-Rauch-Str. 4, 12559 Berlin, Tel. 030-65 970 79  
Prof. Dr. sc. Heinz Karl, Am Faulen See 26, 13053 Berlin, Tel. 030-98 665 74